

Kritische
Studierendenzeitschrift
an der Uni Hamburg



new critique

Zeitschrift für & wider

Feuer und Flamme der Depression!

Psyche — Gesellschaft — Aufstand

Zum Zusammenhang
von Emotion und Revolution

Depression und Kapitalismus.
Über Mark Fisher

Zur Gewalt von Geschlechterrollen
und Grooming

Eine sozialistische Perspektive
auf das Thema »Suizid«

Interview mit der psychologischen
Beratung der Poliklinik Veddel



2 Editorial

- 4 Zum Zusammenhang von Emotion und Revolution
 - 10 Depression und Kapitalismus.
Über Mark Fisher
 - 20 Zur Gewalt von Geschlechterrollen und Grooming
 - 24 Eine sozialistische Perspektive auf das Thema »Suizid«
 - 28 Interview mit der psychologischen Beratung der Poliklinik Veddel
-
- 34 Die Dynamik des Aufstands.
Zur Hungerrevolte in Hamburg 1919
 - 42 Betroffenheit und gesellschaftliche Ideale im Antirassismus
 - 46 Covid-19 in der Volksrepublik China
 - 52 Replik: Die Universität dem Kapital entreißen
 - 56 Kolumne: Arbeit & Kultur

Editorial

Liebe Leser:innen,

dies ist die zweite Ausgabe des kritischen Studierendenmagazins »New Critique – Zeitschrift für und wider«. Für eine konsequente Kritik des Bestehenden, wider den reaktionären Schwachsinn.

Nachdem in der ersten Ausgabe die Rolle der Universität im Kapitalismus beleuchtet wurde, befasst sich diese nun schwerpunktmäßig mit dem Verhältnis von Psyche und Gesellschaft.

Laut einer Erhebung des Studierendenwerks von 2016 leidet ein Viertel der Hamburger Studierenden unter Gesundheitsbeeinträchtigungen. An diesen haben psychische Erkrankungen mit 55% Prozent den mit Abstand höchsten Anteil. Nimmt man die gleiche Entwicklung wie in anderen Städten Deutschlands an, hat sich dieser Trend in den Folgejahren und insbesondere durch die Folgen der anhaltenden Pandemie noch verschärft. Allerdings bräuchte es wohl kaum diese Zeitschrift, um das festzustellen. Die hier versammelten Texte eint bei allen sonstigen Differenzen und unterschiedlichen Perspektiven jedoch eine radikale Kritik der kapitalistischen Verhältnisse, die psychische Leiden stetig wieder hervorbringen. Und da diese noch immer marginal ist, scheint dieses Magazin dann doch bitter nötig.

Die ersten fünf Artikel fallen demnach in den Schwerpunkt: »Feuer und Flamme der Depression! Psyche – Gesellschaft – Aufstand«.

Den Anfang macht der Text »Lieb's oder lass' es« von Carl Cool und Marius Lovehard. Ausgehend von Bertolt Brechts Theaterstück »Die Maßnahme« beschäftigt sich der Text mit dem vermeintlichen Widerspruch zwischen Gefühl und Vernunft und wie eine revolutionäre Bewegung sich auf ihn beziehen sollte.

Der zweite Artikel, »Depression und Kapitalismus«, setzt sich kritisch mit den Thesen des britischen Kulturwissenschaftlers Mark Fisher auseinander und untersucht, wie das kapitalistische Lohnarbeitsverhältnis mit Depressionen zusammenhängt. Das Entwickelte lässt sich großteils auch auf die Art und Weise übertragen,

wie Studierende ihre Vorbereitung auf die kapitalistische Konkurrenz psychisch verarbeiten.

Der darauffolgende Text verhandelt psychisches Leiden und gewaltvolle Zurichtung durch »Geschlechterrollen und Grooming« anhand persönlicher Erfahrungen und ordnet die Thematik politisch ein.

In dem Artikel »Suicide of the author« diskutiert Joe Heck den Suizid Klaus Manns im Jahr 1949, den dieser als Akt des Widerstands verstanden wissen wollte. Er zieht darüber hinaus allgemeine Schlüsse über eine sozialistische Perspektive auf das Thema »Suizid«.

Zum Abschluss des Schwerpunkts wird die Poliklinik Veddel, welche den großen Themenkomplex Gesundheit nachbarschaftlich und solidarisch bearbeitet, anhand eines Interviews vorgestellt. Im Gespräch mit der psychologischen Beratung des Projekts werden unter anderem die Effekte Armut und Diskriminierung auf die psychische Gesundheit erörtert.

Außerhalb des Titelthemas behandelt J.C. Raupe die sogenannten Hamburger Sülzeunruhen von 1919. Basierend auf Joshua Clovers »Riot. Strike. Riot.« wird dabei eine materialistische Analyse vorgenommen, um den vergessenen Arbeiter:innenaufstand wieder in Erinnerung zu rufen.

Anschließend legt Friederike Engelhardt dar, wieso der Zweck einer richtigen Kritik des Rassismus durch das Argument der Betroffenheit und das Hochhalten gesellschaftlicher Ideale nicht nur verfehlt wird, sondern eine Abfindung mit den Verhältnissen darstellt, welche diesen hervorbringen.

In dem Artikel »Covid-19 in der Volksrepublik China« beschreibt Jonas Jahnke wie die Corona-Pandemie in China ihren Ausgang nahm. Er betrachtet den Verlauf und die Maßnahmen gegen die sich entwickelnde Pandemie auf politischer und epidemiologischer Ebene. Hierbei werden Aspekte des gesellschaftlichen Systems der Volksrepublik dargestellt, auf ihre Tauglichkeit zur Pandemiebekämpfung geprüft und politisch kritisch beurteilt.

Der folgende Text »Die Universität dem Kapital entreißen« ist eine Replik auf Armin Mandelzweigs Artikel »Die Universität des Kapitals« aus der ersten Ausgabe. Die Marxistischen Studierenden Hamburg stellen sich hier gegen die Auffassung, dass der Universität als Institution im Kapitalismus kein revolutionäres Potenzial zukomme.

Abschließend behandeln Tosca und Anton in ihrer zweiten Kolumne das Phänomen virtueller Influencer:innen am Beispiel der beliebten Instagram und TikTok Figur Lil Miquela und deren Produktionsfirma Brud.

Der Rückblick auf den Entstehungsprozess der »New Critique« sowie unsere erste Ausgabe, die im Frühjahr 2021 erschien, stimmt uns zufrieden. Nebst erfolgreicher Distribution zahlreicher Printausgaben und dem Aufbau einer digitalen Reichweite, konnten wir in verschiedenen Veranstaltungen in- und außerhalb der Universität Hamburg unserem Anspruch, Kapitalismus- und Ideologiekritik zu leisten, nachkommen. Wenn auch Du Printausgaben bestellen oder uns für eine Veranstaltung zu unseren Inhalten einladen möchtest, dann schreibe uns gerne eine Mail an: new.critique@asta.uni-hamburg.de

Zuletzt noch ein Hinweis in eigener Sache: Die Redaktion versteht sich als heterogene Gruppe, deren politische Standpunkte bezüglich ihrer Gesellschaftskritik variieren. Auch stammen einige Artikel dieser Ausgabe von externen Autor:innen mit denen es sich ähnlich verhält. Kein Artikel stellt demnach die Meinung der gesamten Redaktion dar. Einige Autor:innen sind Mitglieder des AStA der Uni Hamburg, andere nicht. Die Inhalte dieser Zeitschrift repräsentieren im Zweifelsfall nicht die Position des AStAs der Uni Hamburg.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Dir

die Redaktion der New Critique
– Zeitschrift für und wider

New Critique

Homepage: www.nc-uhh.de

Mail: new.critique@asta.uni-hamburg.de

Twitter: [@nc_uhh](https://twitter.com/nc_uhh)

Instagram: [@nc_uhh](https://www.instagram.com/nc_uhh)

Facebook: [fb.com/NCUniHamburg](https://www.facebook.com/NCUniHamburg)

PS: Wenn ihr Fragen, Kritik oder Anregungen an uns richten wollt, dann schreibt uns doch gern eine Mail oder kontaktiert uns über Social Media! Wir laden dazu ein, mit uns über unsere Artikel zu diskutieren und zu streiten, wir drucken auch Leserbriefe und Repliken ab.

Marius Lovehard & Carl Cool

Lieb's oder lass' es

Vom Zusammenhang
von Emotion
und Revolution

Warum Gefühle kein blinder
Fleck linker Theorie und
Praxis sein dürfen und im
Vernunftbegriff mitgedacht
werden sollten.

»Der junge Genosse sah ein, dass er das Gefühl über den Verstand gestellt hatte. Aber wir trösteten ihn und sagten ihm die Worte des Genossen Lenin: »Klug ist nicht der, der keine Fehler macht, sondern klug ist, der sie schnell zu verbessern versteht.«, berichten vier Agitatoren aus Bertolt Brechts »Die Maßnahme« (1930) über die Fehler eines jungen Genossen, der ihren Auftrag, in China zu agitieren, durch impulsives Handeln aus Mitleid in Gefahr gebracht hatte.

Der »junge Genosse« ist zum Zeitpunkt des Berichts bereits tot. Die vier Agitatoren müssen sich für seine Ermordung vor einem Parteigericht verantworten. War der Mord gerechtfertigt? »Die Maßnahme« – ein politisches Lehrstück – kreist um den unterstellten Widerspruch zwischen impulsiven Gefühlen und rational kalkulierendem Handeln im Klassenkampf. Der junge Genosse muss sterben, weil er sich im Verlauf der Mission mehrfach für die Gefühle, gegen den Plan, entscheidet und damit die Genossen und den Erfolg in Gefahr bringt. Es wird ein Widerspruch zwischen Verstand und Gefühl konstruiert. Doch existiert dieser tatsächlich? In welchem Verhältnis stehen Verstand und Gefühle und was bedeutet das für revolutionäre Kämpfe?¹ Das Fühlen ersetzt zwar keinesfalls das analytische und rationale Denken, aber informiert es ganz grundlegend.

Es ist tief im Denken der kapitalistischen Moderne verwurzelt, einen hierarchischen Dualismus von Verstand und Gefühl anzunehmen. Äquivalent dazu werden auch Kultur/Natur, Mann/Frau, Geist/Körper in ein binäres System gezwungen. Die Funktion dieser Ideologie ist die Rechtfertigung und Durchsetzung der Herrschaft und Kontrolle des einen über das andere, um die Bedingungen für die kapitalistische Verwertung herzustellen. Aus ökologischer, feministischer und anti-kapitalistischer Perspektive ist es deshalb nicht nur notwendig, diese Ideologie als falsche zu entlarven. Ihr muss ein überlegenes Verständnis von Gefühl und Vernunft entgegengesetzt werden, welches revolutionär durchzusetzen ist, indem die materiellen Gründe für die ideologische Spaltung abgeschafft werden. Für dieses

neue Verständnis braucht es genauere Begriffe von Vernunft und Gefühl in dem beide wechselseitig als Teile des jeweils anderen auftauchen. Solche Begriffe existieren bislang kaum und wir erheben in diesem Text nicht den Anspruch sie zu liefern.² Sinnvolle Ansätze für sie lassen sich aber etwa in der Neuropsychologie finden. Ergebnisse von Experimenten, bei denen mithilfe von MRT-Technologie die Gehirnaktivität in Entscheidungsprozessen untersucht wurde, widersprechen der Spaltung von Gefühl und Ratio.³ Es konnte nachgewiesen werden, dass rationale Entscheidungen durchaus von starken Emotionen begleitet sein können und andersherum Menschen vollkommen emotionslos, irrational denken können. Gefühle sollten dementsprechend nicht als Gegenteil der Vernunft gesehen werden und sie verunmöglichen sie schon gar nicht. Gefühle sind in der Vernunft immer enthalten. Auch sind Gefühle nicht rein triebhaft, sie können sogar dabei helfen, Situationen mit dem persönlichen Erfahrungshorizont abzugleichen und Entscheidungen hinsichtlich ihrer wahrscheinlichen Konsequenzen schnell in eine Richtung zu lenken. Dabei müssen und sollten Gefühle nicht unreflektiert handlungsleitend sein, wie im Fall von Brechts jungem Genossen. Die einzigartige Fähigkeit des menschlichen Bewusstseins sich selbst zu betrachten, um aktiv auf sich einwirken zu können, gilt auch für Gefühle. So können Gefühl und Verstand – ohnehin untrennbar verbunden – sich wechselseitig moderieren, sensibilisieren und immer weiter in Einklang gebracht werden. Der Gewinn für eine revolutionäre Politik könnte enorm sein. Lenin erkannte das in seiner Analyse der ersten spontanen Streiks und Arbeiter:innenrebellionen.

Diese hätten die Notwendigkeit der kollektiven Abwehr gegen die unterdrückende Ordnung zwar noch nicht verstanden, jedoch schon empfunden. Das Fühlen ersetzt zwar keinesfalls das analytische und rationale Denken, aber informiert es ganz grundlegend. Umgekehrt ermöglicht ein affektives Verständnis der Notwendigkeit der revolutionären Politik es dem (revolutionären) Subjekt, sich abstrakte politische Theorie zu eigen zu machen, was eine notwendige Bedingung von dessen Handlungsfähigkeit ist. Erst eine Moral, an der sich Gefühle und die Vernunft messen lassen können, ermöglicht kommunistische Politik, sonst wäre letztere ziellos

Wenn also Gefühl und Verstand nicht getrennt betrachtet werden können, dann hat diese Erkenntnis auch Auswirkungen auf die Art und Weise wie Kommunist:innen Politik und Agitation zu betreiben haben. Dabei ist es wichtig anzuerkennen, dass das Fühlen der Menschen durch die jeweilige Gesellschaft ideologisch zum Beispiel durch Erziehung maßgeblich mitgeformt werden. Durch die widersprüchliche Verfasstheit der kapitalistischen Gesellschaft sind deshalb auch die Emotionen der Menschen gespalten. Einerseits werden sie vorgeblich zu Solidarität und Mitgefühl, also zur Gemeinschaftsfähigkeit, erzogen. Andererseits ist jedoch das Privatinteresse der Menschen im Kapitalismus ein konkurrenzförmiges Interesse zur Durchsetzung der eigenen gegen die der anderen, gerade aus diesem Grund kann sich kommunistische Politik nicht unkritisch auf den Standpunkt des Privatinteresses und der Gefühle stellen, seine Notwendigkeit nicht aus ihnen erklären. Erst eine Moral, an der sich Gefühle und die Vernunft messen lassen können, ermöglicht kommunistische Politik, sonst wäre letztere ziellos. Die Philosophin Christine Zunke schreibt: »Dasjenige Interesse, das für die ganze Menschheit einen herrschaftsfreien Zustand fordert, ist dagegen nicht sinnlich, sondern aus reiner Vernunft praktisch begründet – und damit moralisch«. Da Emotionen aber an sich weder moralisch noch unmoralisch sind, ist ihre grundsätzliche Reflexion von Nöten und dieser Text nicht als Aufforderung zu verstehen, Gefühlen blind zu vertrauen und aus jeder emotionalen Regung direkt eine Handlung folgen zu lassen. Brecht kritisiert das unmittelbar von Mitleid motivierte Agieren des jungen Genossen zu Recht, und es ist nicht schwer sich vorzustellen, dass beispielsweise der Affekt der Angst in revolutionären Kämpfen nicht immer ein guter Berater sein kann. Man sollte also vielmehr sein emotionales System genau überprüfen und reflektieren, welche Gefühle in welchen Situationen zu produktiven Überlegungen und Handlungen führen. Welche Gefühle verweisen auf einen Gesellschaftszustand, in dem Vernunft und damit menschliche Freiheit verwirklicht wären? Revolutionäre Politik speist ihre Motivation also nicht aus reiner

Zweck-Rationalität, sondern setzt Gefühle und Verstand produktiv ins Verhältnis. So könnten beispielsweise erfahrene Gefühle von Leid und Angst aber auch Mitgefühl und Mitleid aufgegriffen, reflektiert und auf ihren vernünftigen Grund, der Forderung nach größtmöglicher Freiheit für alle Menschen, zurückgeführt werden. Eine revolutionäre Theorie muss die Gefühle der Menschen ernst nehmen, diese aufgreifen und die Gründe dafür analytisch auffindig machen.

Doch Gefühle sollen nicht nur die Analyse und Kritik informieren. Auch die kommunistische Praxis darf sich nicht ignorant gegenüber den Gefühlen der Revolutionär:innen verhalten. Gefühle stellen einen maßgeblichen Teil von politischer Willensbildung dar und sind nicht von politischem Bewusstsein zu trennen. Kommunistische Politik kann und muss das aufgreifen, um erfolgreich sein zu können. Bini Adamczak schlägt vor, das Utopie- und Bilderverbot über Bord zu werfen und stattdessen durch das Ausformulieren von utopischen Ideen und der Entwicklung anderer Beziehungsweisen im Hier und Jetzt affektive Anknüpfungspunkte zu generieren, welche den Kommunismus tatsächlich begehrenswert machen. Denn der Verstand begreift zwar die Wirklichkeit und richtet sie ein, das reflektierte Gefühl informiert jedoch über die zu verändernden Zustände.

Erst eine Moral, an der sich Gefühle und die Vernunft messen lassen können, ermöglicht kommunistische Politik, sonst wäre letztere ziellos.



Das Ideal von emotionslos – bzw. genauer, ihre Emotionen negierend – agierenden Revolutionär:innen erscheint in diesem Licht dumm und gefährlich

Das Ideal von emotionslos – bzw. genauer, ihre Emotionen negierend – agierenden Revolutionär:innen erscheint in diesem Licht dumm und gefährlich. Und dennoch, betrachtet man unseren jungen Genossen aus Brechts Stück, stellt sich die Frage: In welchem Verhältnis stehen der Vorschein der besseren Gesellschaft, in der Menschen ihre Bedürfnisse und Gefühle nicht mehr einem feindlichen Zweck unterordnen müssen, und die Aufgaben revolutionärer Politik zueinander? Revolutionäre Politik ist immer mit dem Problem konfrontiert, das Brecht in der Maßnahme schildert: Es besteht ein Spannungsverhältnis zwischen der Progressivität der Wünsche und der Repressivität der Realität, in welcher die Revolution stattfinden soll. Kommunist:innen kämpfen für eine Welt frei von Ausbeutung und emotionaler Entfremdung. Eben weil diese Welt auch ein affektiver Wunsch ist, nicht nur eine aus einer sterilen Analyse heraus gewonnene Einsicht in die Notwendigkeit, besteht das Interesse, die progressiven Wünsche und Beziehungsweisen, die ersehnt werden, schon im Hier und Jetzt real werden zu lassen. Das hat seine Berechtigung, zumal die Revolutionär:innen die Revolution auch für sich selbst machen und politischer Kampf, wenn Mittel und Zweck nur technisch miteinander vermittelt sind, emotionslose, kalte Revolutionär:innen erzieht, mit denen im Kommunismus auch nicht mehr viel anzustellen ist. Eine revolutionäre Theorie und Praxis, die diese Aspekte des Zusammenhangs von Verstand und Gefühl nicht berücksichtigt, kann niemals ihr emanzipatorisches Potential ausschöpfen. Zudem brauchen wir sie, um die zwischenmenschlichen Beziehungen

zu knüpfen, die im organisierten politischen Kampf zusammenhalten. Solidarität, Freundschaft und Liebe sind die affektive Basis der Kollektivität, die entstehen muss, um für eine Revolution zu mobilisieren. Ohne Mitgefühl, Enthusiasmus, Schmerz, Freude, Wut und dem kollektiven Umgang damit kann eine Massenbewegung gar nicht erst entstehen und praktisch werden. Das Ideal von emotionslos – bzw. genauer, ihre Emotionen negierend – agierenden Revolutionär:innen erscheint in diesem Licht dumm und gefährlich.

Andererseits, und das beschreibt Brecht in seinem Stück, diktiert die bürgerliche Gesellschaft mit ihrem (vorläufigen) ideologischen Monopol und dem Gewaltmonopol den Revolutionär:innen die Szenerie, in der die Revolution stattfinden wird. Mit reinem Hedonismus, reinem Bezug auf die eigenen Gefühle und Bedürfnisse, dem einseitigen Bezug auf die Realisierung der progressiven Wünsche also, wird die Revolution nicht zu machen sein. Denn die Revolution stellt die Revolutionär:innen vor notwendige Aufgaben und Forderungen, die diese annehmen müssen, wenn sie nicht nur für sich selbst ein gemütliches Leben im Hier und Jetzt ergaunern, sondern die ganze Gesellschaft grundlegend verändern wollen. Das ist die Repressivität der Realität. Das ist der Widerspruch, in dem Revolution einerseits konkrete Utopie und veränderte bessere Beziehungsweisen, andererseits entbehrungsreichen Kampf bedeutet. Dieser Widerspruch ist nicht aufzulösen. Er muss innerhalb der organisatorischen Zusammenhänge, in denen die Menschen agieren, in Bezug auf die konkrete Situation,

deren Möglichkeiten und Notwendigkeiten, immer neu verhandelt und austariert werden.

Emotionen dürfen kein blinder Fleck revolutionärer Theorie und Praxis sein. Doch stehen Gefühle nicht für das Gute, das gefördert werden soll, sondern sind widersprüchlich. Gerade in einer von Widersprüchen durchzogenen Gesellschaft. Gefühle müssen, um revolutionär nutzbar zu sein, der Reflexion unterzogen werden. Wie auch Brechts Stück Die Maßnahme, das nach seiner Uraufführung 1930 durch das Publikum reflektiert und kritisiert wurde – Brecht war dazu veranlasst, sein Werk stellenweise inhaltlich anzupassen. Auch die dargestellte Beziehung von Gefühlen und Verstand, deren Problematisierung den Ausgangspunkt unseres Textes darstellt, wurde Gegenstand seiner Korrektur. »Der junge Genosse sah ein, dass er das Gefühl vom Verstand getrennt hatte.« lautet nun die Anschuldigung an den jungen Agitatoren. In der überarbeiteten Version von 1931 werden Gefühl und Verstand also nicht mehr als hierarchisch und widersprüchlich, sondern als sich gegenseitig bedingend verstanden. Sie müssen ins Verhältnis gesetzt und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Nur so kann das Anliegen des jungen Genossen – das auch unseres ist – realisiert werden.



1. Verstand und Vernunft werden in diesem Text, wie nach unserer Lesart auch bei Brecht, synonym als Fähigkeit, Schlüsse zu ziehen, sich selbst zu reflektieren und die Welt kritisch zu hinterfragen, verstanden. Emotionen verstehen wir als sowohl psychische als auch physische Bewegtheit, die unmittelbar die Stellung des Individuums zu seinem Erleben manifestiert
2. In der Diskussion, deren vorläufiges Ergebnis dieser Text darstellt, fiel immer wieder die Schwierigkeit auf, mangels Alternativen, auf das Begriffspaar Gefühl und Vernunft angewiesen zu sein, wie wir es in dessen üblicher theoretischer Konzeption als binär und sich gegenseitig ausschließend kritisieren. Außerdem befinden sich in dem thematischen Feld in dem der Text sich bewegt, viele Begriffe mit mannigfaltigen, sich oft ein- oder ausschließenden, Bedeutungen, die das Denken und Sprechen zusätzlich erschweren. Der Text ist darum, auch wenn er stellenweise in agitatorisches Pathos verfällt, nicht als abgeschlossenes Positionspapier zu verstehen, sondern als Bitte nach gemeinsamer Diskussion, um zusammen schlauer zu werden.
3. Verweise auf verschiedene Studien dazu finden sich in dem Text »Politik und Emotionalität – Aufhebung der Dichotomie von Gefühl und Vernunft« von Farah Dustdar

Armin Mandelzweig

Depression und Kapitalismus

Eine Auseinandersetzung
mit Mark Fisher

Der britische Kulturwissenschaftler Mark Fisher schrieb zu Lebzeiten in vielen seiner Texte über Depressionen und psychische Krankheiten im heutigen Kapitalismus. Was ist von seinen Thesen zu halten?

»Now is not the time for a simple ›Scooby-Doo Marxist‹ exercise of pulling the mask off the villain to reveal that, yes, indeed, it was capitalism that caused depression all along! [...] Of course capitalism is culpable – but how, exactly, does the social-economic sphere interface with the psychological, and what kind of deeper lessons might be drawn from the entire experience?«

Chuang Collective,
Social Contagion.2020
(zumindest so ähnlich)

Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Alltag – insbesondere Arbeit – und Depression wird oftmals proklamiert. Begründet wird er meist aber eher kurzschlüssig und oberflächlich, ohne sich beiden Phänomenen – Lohnarbeit und Depression – genauer zu widmen. »Arbeitsstress führt zu Depressionen« – diese Aussage ist für sich stehend ein Allgemeinplatz, den man in großen Zeitungen lesen kann, welche kapitalismuskritischer Umtriebe gänzlich unverdächtig sind. Um politisch überzeugend zu sein, ist hingegen eine tiefer gehende Untersuchung angezeigt, die einen solchen Zusammenhang – sofern vorhanden – begründet darlegen kann.

Der vorliegende Artikel will sich an einer solchen Untersuchung versuchen. Dies geschieht in Auseinandersetzung mit den Thesen eines Autors, welchem oft zugeschrieben wird, den Zusammenhang von kapitalistischer Arbeitswelt und Depression treffend beleuchtet zu haben: Dem antikapitalistischen Kulturwissenschaftler Mark Fisher. Der aus Großbritannien stammende Autor war unmittelbar selbst betroffen, er beging 2017 in Folge langjähriger Depressionen Selbstmord.

Was schreibt Fisher über den Zusammenhang von kapitalistischem Alltag und Depressionen? Hat er dabei einen brauchbaren Begriff der kapitalistischen Produktionsweise zur Grundlage?

Neoliberal, prekär – depressiv?

In diversen Texten plädiert Mark Fisher dafür, dass man sich den gesellschaftlichen Ursachen für die Normalität psychischer Krankheiten zuwenden müsse. Für Fisher ist es der Neoliberalismus, der auf verschiedenen Ebenen psychische Erkrankungen zu verantworten habe: Die Politik seit den 1980ern, in Großbritannien von Margret Thatcher und »New Labour« exerziert, habe prekäre Arbeitsverhältnisse geschaffen, bei denen die Bezahlung stetig sinke und die Arbeitszeit steige, dies führe zu ständiger Angst, Depressionen, Selbstmorden, so betont er an verschiedenen Stellen.¹

Hierzu ist zunächst zweierlei kritisch zu bemerken: Erstens kürzen sich Fishers Statements an diesen Stellen auf Allgemeinplätze wie das eingangs zitierte »Arbeitsstress sorgt für Depressionen« herunter. Er hält diesen Allgemeinplatz – und den damit behaupteten Zusammenhang – ohne weitere Ausführungen für selbst-evident. Dass dies gerade nicht selbstredend ist, beweist sich schon dadurch, dass dieser Zusammenhang von einigen bestritten wird – etwa durch Thesen, dass hirn-chemische Vorgänge für Depressionen verantwortlich seien (zur Kritik daran später). Wie genau soll das eine (Arbeitsverhältnisse) zum anderen (Depressionen) führen? Das bedarf genauerer Ausführungen.

Außerdem muss man anmerken, dass Thesen wie »Arbeitsstress/prekäre Arbeitsverhältnisse führen zu Depressionen« gar nicht auf das antikapitalistische Resultat hinauslaufen, auf das Fisher hinauswill. Wie schon erwähnt, lassen sich solche Thesen auch in großen bürgerlichen Zeitungen, ja sogar in Business- und Karrieremagazinen finden, natürlich ohne jede anti-kapitalistische Stoßrichtung. Es ist bei der Abstraktheit solcher Thesen kein Wunder, dass sie auch so (also völlig anders als von Fisher intendiert) Verwendung finden können: Wieso soll sich ein so allgemeiner Zusammenhang nicht durch eine Gesprächstherapie, vielleicht kombiniert mit Yoga und Sport aufheben lassen? Oder durch ein verändertes Verhältnis zur eigenen Arbeit, indem man »Probleme eher als Herausforderungen sieht«, wie eine Business-Website zynischerweise empfiehlt?² Neben einer Vielzahl von Stellen, wo Fisher offenbar glaubt, mit derartigen Allgemeinplätzen einen kapitalismuskritischen Punkt zu landen, liefert er anderswo Begründungen zum Zusammenhang von Arbeit und Depressionen, dazu später.

Zunächst ist noch etwas Zweites zu Fishers Ausführungen anzumerken: Wieso soll es der neoliberale Kapitalismus seit den 1980ern sein, der psychische Krankheiten zu verantworten hat? Arbeitsverhältnisse, bei denen bis zur Erschöpfung gearbeitet wird, bei denen der Lohn einem deutliche Grenzen in der Verwirklichung der eigenen Bedürfnisse setzt und bei denen man obendrein nicht vor einer Entlassung gefeit ist, sind schließlich nichts, was es vorher nicht gegeben hätte. Fisher suggeriert zumindest, dass dies etwas Neuartiges wäre. Tatsächlich ist Lohnarbeit im Kapitalismus ganz grundsätzlich so charakterisiert: Sie ist das entscheidende Mittel, um den Profit des Kapitals zu erzeugen und zu vermehren. Je geringer der Lohn und je höher die geforderte Arbeitsleistung, desto mehr Profit. Und wenn die beschäftigte Anzahl an Arbeitskräften sich nicht mehr als profitabel genug erweist, greift das Kapital zu Entlassungen. Sollte das tatsächlich die Ursache für Depressionen sein, dann existierte diese jedenfalls schon lange vor den 1980er Jahren. Bei Fisher erscheint die Lage der Lohnabhängigen vor Thatcher und New

Labour als mehr oder weniger rosig: Feste Anstellungen statt Konkurrenz habe es damals angeblich gegeben, genauso wie »Sicherheit und Solidarität«³ Das kaum bestreitbare Faktum, dass sich die Bedingungen für viele Lohnabhängige in den Industriestaaten während der letzten Jahrzehnte verschlechtert haben (Reallöhne, Arbeitszeiten, Kündigungsschutz etc.), taugt kaum für eine solche Idealisierung des vorherigen Status Quo.

Apropos Verschlechterung: Mark Fisher weiß natürlich auch, dass weder unerträgliche Arbeitsverhältnisse noch Depressionen etwas Neuartiges sind: Meist schreibt er, dass Depressionen und psychische Krankheiten im Neoliberalismus enorm zugenommen hätten. Das mag zwar stimmen, damit zeigt er aber selbst, dass es beides schon vorher gegeben haben muss. Dasselbe gilt dann auch für die Ursachen solcher psychischen Phänomene. Um zeitlich etwas weiter zurück zu gehen: Bereits in dem 1846 von Karl Marx publizierten Text »Vom Selbstmord« lässt sich über Fälle von Selbstmorden lesen, welchen »die Entsetzung von Ämtern [...], die Verweigerung von Arbeit, [oder der] plötzliche Fall der Saläre« vorangingen⁴ Fisher versucht sich meist bloß daran, die Zunahme von Depressionen im Speziellen zu erklären, ohne sich den Ursachen ihrer Existenz im Allgemeinen zu widmen.

Wie hängen Lohnarbeit und psychische Krankheiten wie Depressionen also genau zusammen? Meistens begnügt Fisher sich vollkommen damit, diesen Zusammenhang begründungslos zu proklamieren. An anderen Stellen geht Fisher etwas weiter, dazu nun.



Depression und Lohnarbeit

»Depression ist die Schattenseite unserer Wirtschaftskultur, sie ist, was passiert, wenn der magische Voluntarismus auf eingeschränkte Möglichkeiten stößt«, schreibt Mark Fisher in »Warum psychische Gesundheit ein politisches Thema ist«.

Was versteht er darunter? Fisher zitiert den radikalen Therapeuten David Smail, von dem er den Begriff des magischen Voluntarismus⁵ geliehen hat: Dahinter verberge sich die Vorstellung, dass man das eigene Schicksal selbst in der Hand habe, man könne die einem entgegentretende Welt selbstständig verändern und dafür sei man in letzter Instanz auch verantwortlich. Weiter zitiert Fisher den Psychologen Oliver James: Uns werde gesagt, dass jeder, der hart genug arbeite, es nach oben schaffen könne, unabhängig vom eigenen sozialen Hintergrund. Wenn man keinen Erfolg habe, läge die Schuld bei einem selbst. Fisher plädiert dafür, das umzukehren und die Schuld woanders als bei einem selbst zu suchen.⁶

Grundsätzlich hat Fisher recht: Das Gefühl, als Mensch zu versagen, eigenen Ansprüchen und gesellschaftlichen Anforderungen nicht zu genügen und dabei selbst am eigenen Scheitern Schuld zu tragen, ist oftmals bestimmend für Menschen, die unter Depressionen leiden. In Erfahrungsberichten berichten Depressive vielfach davon, das Gefühl zu haben, für gar nichts gut zu sein, nichts zu können und wertlos zu sein.⁷ Sicher gibt es auch Depressionen, bei denen dies weniger eine Rolle spielt. Um diese soll es im Folgenden genauso wenig gehen wie um Depressionen und verwandte Symptome bei Nicht-Lohnabhängigen, z. B. Kapitalist:innen oder vorkapitalistischen Herrscherfiguren.

Schauen wir uns die Phänomene des Scheiterns, auf die Depressive sich derart beziehen, etwas genauer an. Hierbei zunächst all jene, die eng mit Arbeit verknüpft sind: Wer seinen Job verliert oder keinen mehr findet, mag sich das selbst zuschreiben und sich mit dem Gedanken quälen, einfach nicht gut genug für die

Anforderungen der Arbeitswelt zu sein. Dasselbe mag für jemanden gelten, der sich Hoffnungen gemacht hatte, in einem besser bezahlten Job zu landen, als dies am Ende der Fall ist. Leute, die sich mit den Anforderungen des eigenen Berufsalltags abkämpfen, verfallen mitunter auf den Gedanken, »einfach nicht für diesen Beruf gemacht zu sein«.⁸ Und auch jemand, dem es vor lauter Überstunden nicht mehr gelingt, sich in der Freizeit auch nur rudimentär von den Strapazen des Arbeitsalltags zu erholen (was für sich genommen entbehrensreich genug ist), mag sich obendrein noch mit Vorwürfen malträrieren, er sei selbst an dieser Misere schuld.

Das Ganze lässt sich mühelos übertragen auf die Ausbildung für den Arbeitsmarkt: Schlechte Noten in Schule oder Studium? Probleme damit, das Schreiben langer Hausarbeiten, Prüfungen und den studentischen Nebenjob irgendwie unter einen Hut zu bekommen? Und, ebenfalls unter Studierenden weit verbreitet: Angst, mit der eigenen Ausbildung nur miese Jobs zu ergattern? Auch hier häufig der Gedanke: Selbst schuld dran!

Mag vieles Aufgezählte für sich genommen schon Leid verursachen – Angst vor Arbeitslosigkeit, wenig Freizeit oder ein mieser Job – so kommt der Gedanke, man selbst sei an diesem Mangel schuld, noch eigens obendrauf und potenziert das individuell erlebte Leiden. Erst dieser Gedanke, nicht die erlebte Objektivität selbst, enthält die Möglichkeit des Übergangs zur ausgewachsenen Depression. Die eigene Zurichtung ist alles andere als ein brauchbares Mittel dafür, einen bescheidenen beruflichen Erfolg zu erzielen – und dennoch ist es so ziemlich das einzige, über das die Lohnabhängigen verfügen.

Die eigene Zurichtung ist alles andere als ein brauchbares Mittel dafür, einen bescheidenen beruflichen Erfolg zu erzielen – und dennoch ist es so ziemlich das einzige, über das die Lohnabhängigen verfügen.

»Magischer Voluntarismus« – notwendig falsches Bewusstsein der Lohnarbeit

Der Gedanke, man sei selbst schuld am eigenen Scheitern, hat, wie Fisher richtig bemerkt, das zur Grundlage, was er als »magischen Voluntarismus« bezeichnet. Dieser besteht genau in dem Umkehrschluss, dass man den eigenen Erfolg selbst in der Hand habe oder ökonomisch gefasst: Wer hart arbeite, dem stehen alle Wege offen. Ganz im Sinne des Sprichworts: Jeder ist seines Glückes Schmied. Woher kommt dieses weitverbreitete Denken, welches Fisher als spontane Ideologie unserer Zeit bezeichnet? Und, worauf Fisher leider kaum eingeht, wieso genau ist es völlig falsch?

Tatsächlich entspringt dieses Denken dem kapitalistischen Verhältnis der Lohnarbeit höchstselbst. Dazu etwas grundsätzlicher.

Da die Lohnabhängigen selbst keine Produktionsmittel besitzen, können sie nur durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft ihre Existenz sichern. Dabei sind sie voll und ganz davon abhängig, dass sich ein Kapital findet, das ihrer bedarf. Nur, wenn sich ein Kapital von dem Kauf ihrer Arbeitskraft Profit verspricht, erhalten sie einen Arbeitsplatz und einen Lohn. Hält das Kapitel sie für nicht rentabel einsetzbar (wegen neuer Maschinen, Marktlage, Outsourcing...), dann gehen sie leer aus bzw. werden wieder entlassen. Das Los der Lohnabhängigen liegt also voll und ganz in den Händen des Kapitals – keineswegs in ihren eigenen.

Aber, so ließe sich jetzt einwenden, wer sich in der Schule/Universität so richtig anstrengt, kriege immerhin bessere Jobs und wer auf der Arbeit Leistung bringe, kann sich Chancen auf eine Beförderung ausrechnen. Man habe es also eben doch selbst in der Hand.

Das täuscht: Es ist nicht die Anstrengung an sich, welche man in Ausbildung oder Beruf an den Tag legt, die einem potenziell andere Möglichkeiten eröffnet. Denn zusätzlich zur völligen Abhängigkeit vom Kapital bekommen die Lohnabhängigen auch noch ihre Konkurrenz untereinander mit voller Wucht zu spüren. Sie konkurrieren untereinander darum, überhaupt einen Job zu bekommen wie auch darum, angenehmere zu ergattern. Die größte, entbehrungsreichste Anstrengung in Schule oder Beruf nützt dann absolut gar nichts, wenn sich die Konkurrenz genauso sehr oder noch mehr anstrengt als man selbst.⁹ Nur in Relation zu den Anstrengungen der einem ökonomisch feindlich gesonnenen Konkurrent:innen wird die eigene Anstrengung bewertet; wenn alle in der Schule nur Einsen bekämen, wäre der Sinn der

Notengebung völlig verfehlt. Und ganz so wie gute Noten sind auch Arbeitsplätze und die höheren Stellen der Berufshierarchie begrenzt. Das Resultat der Konkurrenz der Lohnabhängigen ist immer wieder aufs Neue, dass sich Leute in der Arbeitslosigkeit oder auf den unteren Rängen der Berufshierarchie wiederfinden. Ganz egal wie viel die Gesamtheit von ihnen an Anstrengungen bringt.

Die fatale Ideologie, den eigenen Erfolg habe man selbst in der Hand, dockt nun an Folgendes in der Realität an: Den Lohnabhängigen steht es ja tatsächlich nicht frei, sich zurückzulehnen und sich »einfach nur« vom Kapital ausbeuten zu lassen. Sie müssen mit jeder Menge Härte gegen sich selbst ihre Brauchbarkeit für den Profitzweck des Kapitals unter Beweis stellen. Garantiert bekommt man einen Job oder eine höher dotierte Stelle damit zwar noch lange nicht. Aber nur wenn man das von der Schule an nach allen Regeln der Kunst an sich vollstreckt, kann man sich überhaupt Hoffnungen darauf machen. Wer diese Anstrengung aufgibt, kann eh einpacken.

Die eigene Zurichtung ist also alles andere als ein brauchbares Mittel dafür, irgendeinen bescheidenen beruflichen Erfolg zu erzielen – und dennoch ist es so ziemlich das einzige, über das die Lohnabhängigen verfügen. So verleiht sich die Ideologie, man sei seines eigenen Glückes Schmied, ihre trügerische Plausibilität.

Die Vorstellung enthält zugleich eine beruhigende Verheißung: Der Erfolg liegt ganz in deiner Hand, du kannst es schaffen, wenn du nur willst! Ganz so verhalten sich die meisten Menschen dann auch bei Erfolgserlebnissen. Neben der Freude über einen Umstand, der einem das Leben erleichtert (Jobzusage, Gehaltserhöhung, gute Note), gesellt sich in aller Regel persönlicher Stolz: Man habe sich dies ganz selbst zuzuschreiben. Doch jeder Hochphase, in der man meint sich mal wieder als leistungsfähiger Erfolgstyp bewiesen zu haben, entspricht bei jedem Scheitern eine Tiefphase des nagenden Zweifels, selbst an der eigenen Misere schuld zu sein.

So ist dieser »magische Voluntarismus« das notwendig falsche Bewusstsein der Lohnabhängigen: Er ist die zu ihrer Lage passende Ideologie. Er ist ein erlogenes Glücksversprechen, das zwangsläufig seine eigene Kehrseite enthält, die wiederum in der Depression kulminieren kann. Die Vorstellung, man selbst sei nicht gut genug für das „gelingende Leben“, man stünde sich bloß selbst im Weg, täuscht.



Die Vorstellung, man selbst sei nicht gut genug für das »gelingende Leben«, man stünde sich bloß selbst im Weg, täuscht.

Über die Übel des Privatlebens

Auch Themen, die sich eher auf das Privatleben beziehen, können Anlass bieten, sich selbst damit zu geißeln, man selbst sei nicht »gut genug«: Irgendein Aspekt des eigenen Aussehens, der gängigen Schönheitsidealen nicht entspricht; der Eindruck, nicht »gut genug« für Partner:in oder Freund:innen zu sein; ausbleibender Erfolg auf der Suche nach Beziehungspartner:innen; Einsamkeit; Unzufriedenheit mit eigenen Charakterzügen; (chronische) Krankheit; und vieles andere mehr.¹⁰ Auch andere psychische Erkrankungen, wie Angststörungen, können so neben sich noch eine Depression hervorrufen, wenn Betroffene sich die psychische Erkrankung als persönliches Versagen und Scheitern anrechnen.¹¹

Bei allen Unterschieden zu denjenigen Phänomenen, die sich auf das Arbeitsleben im Kapitalismus beziehen, existiert doch eine Gemeinsamkeit: Die Vorstellung, ein erfolgreiches und glückliches Leben als Lohnabhängiger sei prinzipiell möglich – ein richtiges Leben im Fal-schen sozusagen – und man selbst habe es als Subjekt

in der Hand, dieses zu erlangen. Hier dann im Bezug auf das Privatleben: Alles, was man tun müsste, wäre die richtigen »Erfolgsbedingungen« mitbringen oder an sich ausbilden (Aussehen, Charakter, (glückliche) Beziehung, Freundeskreis etc.). Doch die Vorstellung, man selbst sei nicht gut genug für dieses »gelingende Leben«, man stünde sich bloß selbst im Weg, täuscht. Es ist die gesellschaftliche Objektivität, als Lohnabhängiger für feindliche Zwecke benutzt zu werden und daher beständig unter Zeit-, Energie- und Geldmangel zu leiden, die einem das Leben so schwer macht. Kein Privatleben kann das irgendwie ausgleichen.

Vielen Menschen dient die Illusion, ein glückliches Privatleben sei für Lohnabhängige möglich und man habe es selbst in der Hand, zum Aushalten der Zustände – ständig optimieren sie an sich herum. Bei nicht wenigen vergrößert die Kehrseite dieser Illusion das Leiden an den Verhältnissen hingegen noch weiter.



»Serotoninmangel«? Zum gesellschaftlichen Umgang mit Depressionen

Die oben dargestellten Zusammenhänge zwischen dem Lohnarbeitsverhältnis und den Formen seiner subjektiven Verarbeitung bis hin zur Depression liefert Mark Fisher nicht. Statt in dieses materielle Verhältnis verortet er Depressionen in »unsere Wirtschaftskultur« (womit er vermutlich wieder den Neoliberalismus vor Augen hat).

Was die gesellschaftliche Betrachtung von Depressionen angeht, kann man Fisher hingegen in vielem nur zustimmen. Er verweist völlig zurecht darauf, dass Therapieformen wie die kognitive Verhaltenstherapie den fatalen Glauben, man habe seinen Erfolg selbst in der Hand, nicht etwa zertrümmern, sondern oft darauf aufbauen.¹² An die Stelle der negativen Überzeugungen, welchen der/die Depressive anhängt, solle bloß ein »set of positive stories« gesetzt werden.¹³ Unbestreitbar mag das manchen Betroffenen akut oder sogar längerfristig helfen, dennoch wird so die ideologische Grundlage der Depression nicht angetastet und erst recht kommt so ihre gesellschaftliche Ursache nicht zur Sprache. Ebenfalls überzeugt Fishers Argument gegen bestimmte psychologische Erklärungsansätze von Depressionen, welche diese als »chemisch-biologisches Problem« betrachten. Er führt dazu korrekt aus:

»Es ist selbstverständlich, dass alle Geisteserkrankungen neurologisch nachweisbar sind, aber das sagt nichts über ihre Ursachen aus. Es ist z. B. richtig, dass eine Depression durch ein niedriges Level an Serotonin ausgedrückt wird, aber man muss dennoch erklären, wieso bestimmte Menschen ein niedriges Serotonin-Level besitzen. Dafür benötigt man aber eine soziale und eine politische Erklärung [...].«¹⁴

Fisher wendet sich weiter gegen eine »Privatisierung von Stress«: Arbeiter:innen würden ihre unsicheren und anstrengenden Jobs als naturgegebene Bedingungen akzeptieren. Die Ursachen für Stress würden sie dann in ihrem eigenen Inneren oder ihrer eigenen Biographie suchen.¹⁵ Insgesamt würde das einzelne Individuum für seine psychische Notlage verantwortlich gemacht – anstatt zu fragen, welche gesellschaftlichen Ursachen es für die Normalität psychischer Krankheiten gäbe.¹⁶

Mit all dem hat Fisher recht. Eben auch damit, die Benennung gesellschaftlicher Ursachen für psychische Erkrankungen einzufordern. Allerdings ist mit dieser Forderung (die er oft wiederholt) noch nicht viel gewonnen, man muss diese Ursachen auch korrekt bestimmen. Von der kapitalistischen Produktionsweise hat Mark Fisher keinen brauchbaren Begriff.

Von der kapitalistischen Produktionsweise hat Mark Fisher keinen brauchbaren Begriff.

Anzeige



Fazit: Materialistische Psychologie statt Scooby-Doo-Marxismus

Bei Mark Fisher liest man zu den Grundlagen der Depression in Lohnabhängigkeit und kapitalistischer Konkurrenz leider nur Andeutungen. Auf der Ebene der Erklärung von Depressionen aus den Arbeitsverhältnissen sowie den dazu passenden ideologisch-psychischen Verarbeitungsweisen der Individuen changiert Fisher zwischen verstreuten richtigen Beobachtungen einerseits und Plattitüden andererseits. Der antikapitalistischen Sache ist allerdings mit einem Sooby-Doo-Marxismus, welcher der Depression in der Manier des bekannten Memes die Maske abreißt und den Kapitalismus als Bösewicht enthüllt, nicht gedient. Denn die Selbstvergewisserung, als kapitalismuskritischer Linker auf der richtigen Seite zu stehen, hat keinerlei politischen Mehrwert. Stattdessen ist eine genaue Analyse der materiellen Verhältnisse und ihrer psychologischen Verarbeitung nötig. Mit der ständigen Forderung, »gesellschaftliche Ursachen« zu benennen, ist es nicht getan.

Wo aber der Zusammenhang zwischen kapitalistischen Arbeitsverhältnissen und Depression oft bloß proklamiert wird, verwundert es nicht, dass nachgelieferte Begründungen Schwächen aufweisen. Von der kapitalistischen Produktionsweise hat Fisher keinen brauchbaren Begriff. Das zeigt sich besonders in seiner Schrift »Kapitalistischer Realismus ohne Alternative«: Hier meint er, den Kapitalismus durch Metaphern wie »dunkle Potenzialität«, »der Namenslose«, »hyperabstrakte [...] Struktur« auf den Begriff zu bringen und fordert »eine neue Enthaltbarkeit«, da diese dem »kapitalistischen Imperativ eines ständigen Wachstums« angeblich entschieden widerspreche⁴⁷ Bei Marx hätte man nicht nur nachlesen können, dass der Imperativ ständigen Wachstums dem Kapital inhärent ist und daher sicher nicht durch allgemeine Enthaltbarkeit zu bremsen ist. Auch ziemlich konkrete Einsichten über Ware, Wert, Geld, Kapital und Lohnarbeit finden sich in Marx' Schriften, besonders dem »Kapital«. »Namenlos, »hyperabstrakt« oder anderweitig verrätselt bleibt der Kapitalismus nur, wenn man sich solche Begriffsarbeit – aus welchem Grund auch immer – von vornherein spart.

Angesichts solcher Begriffslosigkeit überrascht es nicht, dass Fisher den Kapitalismus vor den 1980er Jahren idealisiert darstellt. Indem Fisher den neoliberalen Kapitalismus immer wieder besonders anklagt, verharmlost er den Kapitalismus im Allgemeinen.

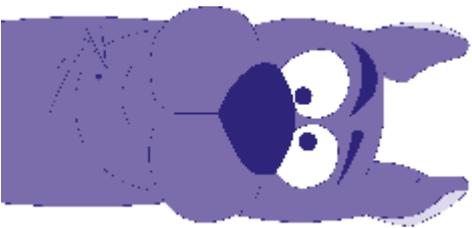
Für Mark Fisher ist die durchaus richtig erkannte Grundlage der Depression, der von ihm so bezeichnete »magische Voluntarismus«, zwar »die spontane Ideologie unserer Zeit«. Damit meint er aber wieder nicht den Kapitalismus, sondern den neoliberalen Kapitalismus. Letzterer figuriert bei ihm schlechthin als Ursache für psychische Krankheiten. Stets prangert er den Anstieg psychischer Krankheiten und Depressionen in den letzten Jahrzehnten an. Dass es beides schon lange vorher gegeben hat – und welche Ursachen diese Phänomene abgesehen von quantitativen Veränderungen haben – das gerät so völlig aus dem Blick.

Die Depression ist mitnichten ein »neoliberales« Phänomen, sondern ein kapitalistisches. Sie ist eine Weise des subjektiven Nachvollzugs der Lage, in der die Lohnabhängigen objektiv feststecken: Kein Mittel hat man, das einem ökonomischen Erfolg oder auch nur die Sicherung des Status Quo verbürgt. Und dennoch: Zu sich als Person muss man sich verhalten, als sei man so ein Mittel. Man muss sich selbst zurichten für den Zweck des Kapitals. Der Glaube, mit der eigenen Anstrengung Erfolg garantiert zu bekommen, ist das dazu passende notwendig falsche Bewusstsein. Es beinhaltet stets sein nicht minder falsches Pendant, demzufolge man sich jedes Scheitern selbst zuzuschreiben habe.

Der ideologische Bezug auf die Lohnabhängigkeit, der sich so auch in der Depression niederschlägt, verweist auf die objektive Brutalität dieses Verhältnisses. In der Depression hat sich diese noch weiter in die Psyche der Menschen hinein verlängert.

Depressionen zu haben und unter ihnen zu leiden, ist schrecklich und bitter genug – das bestreitet heute kaum noch jemand. Wie bitter es ist, dass, wer von einer Depression befallen ist, sich ultimativ gegen sich selbst richtet und nicht gegen die Verhältnisse, die ihn fortwährend beschädigen – darüber spricht leider heute fast niemand.





- 1 Mark Fisher: K-Punk. Ausgewählte Schriften 2004-2016. Berlin 2020. S. 371-2, 417; Mark Fisher: Kapitalistischer Realismus ohne Alternative. Hamburg 2013. S. 27.
- 2 <https://www.businessinsider.de/wissenschaft/gesundheitsstudie-zeigt-dauerstress-im-job-kann-eure-persoenlichkeit-veraendern/>
- 3 Fisher: K-Punk. S. 376. S. 417.
- 4 Karl Marx: Vom Selbstmord. Köln: Neuer ISP-Verlag 2001. S. 75-6.
- 5 Voluntarismus meint, die Wirkungen des bloßen Willens in Situationen, wo er wenig ausrichten kann, zu überschätzen.
- 6 Fisher: K-Punk. S. 418.
- 7 So auch Mark Fisher in Berichten über seine eigenen Erfahrungen mit Depressionen: Fisher: Good for Nothing. März 2014. Siehe: <https://theoccupiedtimes.org/?p=12841>
- 8 »I [...] didn't believe that I was the kind of person who could do a job like teaching«, schreibt Mark Fisher über die Depressionen während seiner Zeit als Lehrer. Richtig analysiert er das als »sense of ontological inferiority, which is best expressed in [...] the thought [...] that one is not the kind of person who can fulfill roles which are earmarked for the dominant group [die Kapitalistenklasse].« Fisher: Good for Nothing.
- 9 Hier tritt noch die Niederträchtigkeit hinzu, dass die Startbedingungen insbesondere in die schulische/universitäre Konkurrenz alles andere als gleich sind: Was die eigenen Eltern an finanziellen Mitteln und an eigener Bildung mitbringen, entscheidet darüber ob dies einem als Schüler/Studierender zum Vorteil in der Konkurrenz um Noten gereichen kann. Dennoch behandelt das Bildungssystem alle gleich. Es verfestigt so die Ungleichheit.
- 10 Leider unter Linken kein seltenes Phänomen ist eine bestimmte Form von »magischem Voluntarismus«: Manche Aktive glauben, ihnen würde politisch viel mehr gelingen, wenn sie nur nicht so »nachlässig« gegen sich selbst seien. Als »Nachlässigkeit« gilt dann manchmal schon der Umstand, dass die Notwendigkeiten des bürgerlichen Alltags sich nicht mit Rund-um-die-Uhr-Aktivismus vertragen und jeder Mensch sich auch erholen muss. Ausgerechnet sich als vereinzelt Individuum beschuldigen manche dann dafür, dass die Verhältnisse sich nicht zum Besseren ändern – auch dies eine Quelle für Depressionen.
- 11 Auf dieselbe Weise bedingt eine Depression wieder eine andere Depression und treibt Betroffene mitunter tiefer hinein: »Ich bin selbst schuld an meiner Depression! Andere schaffen es doch auch!« Und falls einen Depressionen davon abhalten, sich mit Freund:innen zu treffen, aus dem Bett zu kommen oder die Anforderungen von Schule, Uni oder Beruf vollumfänglich auszuhalten, erhält die Selbstanklage, mit einem selbst sei etwas »verkehrt«, neuen Stoff: »So sehr versage ich!« Ein Teufelskreis beginnt. Auch Fisher hat das eindrücklich an sich selbst beschrieben: Fisher: Good for Nothing.
- 12 Fisher: K-Punk. S. 418.
- 13 Fisher: Good for Nothing.
- 14 Fisher: Kapitalistischer Realismus. S. 48.
- 15 Fisher: K-Punk. S. 372.
- 16 Fisher: Kapitalistischer Realismus. S. 27.
- 17 Fisher: Kapitalistischer Realismus. S. 12, 23, 94. Anderswo hat Fisher manchen Wald- und Wiesen-Kritiker:innen des Neoliberalismus zumindest ein bisschen was voraus. Er wendet sich dagegen, Konsument:innen oder Banker:innen individuelle Verantwortung für die Übel des Kapitalismus zuzuschreiben und lehnt linke Forderungen nach einem »starken Staat« ab. Ebd. 79, 80, 91.

Anzeige


**Straßen
aus
Zucker**

**DIE ANTIONALE BRAVO
KOSTENLOS BESTELLBAR
ÜBERALL HIN LIEFERBAR
LEICHT VERSTÄNDLICH**

KARIES FÜR DEUTSCHLAND



junus h.

Zum Opfer erzogen.

Erfahrungen mit
der Gewalt von
Geschlechterrollen
und Grooming



Wieso sagen wir nicht Nein? Wenn die Erfahrungen »nicht so schlimm« waren wie die anderer Missbrauchsüberlebender, wieso machen sie uns so krank? Wer ist dafür verantwortlich, was passiert ist? Ein paar persönliche Erfahrungen und Gedanken.

Es ist 2021. Ich sitze im Park. Um mich herum meine Mitbewohner:innen. Ich heule.

Wir reden über Kindesmissbrauch. Ich mag nicht sagen, dass ich Überlebend* bin. Auch, weil ich nicht weiß, ob mein Fall in ihren Augen »zählt«. Ich weiß, dass es so ist. Jemand von ihnen legt nach, mit einer stichigen Bemerkung. Ich muss es sagen.

Es ist 2021 und ich oute mich als Mensch, der Kindesmissbrauch erlitten hat, um Verständnis dafür zu bekommen, dass ich nicht lang und breit darüber philosophieren will, was in den Köpfen von pädophilen Menschen vorgeht. Ich muss meine Gefühle relativieren und klarstellen, dass ich weiß, dass A nicht gleich B ist.

Es ist 2009. Ich bin 10 Jahre alt und habe gerade das erste Mal meine Tage bekommen. Ich bin über 1,70 Meter und in der sechsten Klasse. Ich hatte zwei Tage lang so dollen Bauchschmerzen, dass ich um mein Leben gebangt hatte, so jung und naiv, wie ich war. Meine Mutter strahlt mich an, schaut auf meinen ruinierten Lieblingsschlafanzug und meint, dass ich jetzt eine Frau wäre. Sie ist Feministin. Sie kauft mir einen Eisbecher.

Es ist 2011. Ich bin gerade so 13 und finde, dass ich so langsam mal einen Freund haben müsste. Das ist nicht so einfach, denn die Jungs, die ich kenne, sind mir alle nicht gewachsen; ich bin doch so reif, das weiß ich, das sagen alle, meine Eltern, meine Lehrer:innen, die 18-jährigen Jungs, die ich auf einem Konzert kennenlerne. Ich sehe gar nicht aus wie 13, mindestens wie 16. Und vom Kopf her sei ich sowieso haushoch überlegen, sagen sie, sagen alle. Meine Klassenkameradinnen erzählen sich, dass Mädchen sich im Schnitt zwei Jahre älter verhalten als ihre männlichen Peers, und ziehen daraus ein Überlegenheitsgefühl. Und ein herablassendes Verständnis für die Albernheit der Jungs. Ich darf nicht albern sein, ich bin kein Junge. Ich tue es trotzdem. Ich bin komisch, das ist etabliert, einen sozialen Stand habe ich in der Schule nicht. Ich bin nicht wie die anderen Mädchen. Ich versuche, diesen Satz stolz zu denken und nicht verwirrt.

Es ist 2012. Ich hatte drei verschiedene Freunde bisher und das Jahr ist halb rum. Der jüngste von ihnen zwei Jahre älter als ich. Mädchen sind ihren männlichen Peers zwei Jahre voraus, denke ich, also quasi auf Augenhöhe. Ich will keinen Sex, aber das weiß ich nicht. Ich denke, ich möchte mich für den Richtigen aufbewahren. Ich müsste eigentlich mal zur Gynäkologin, ich weiß, was HPV ist. Ich denke an Gynäkologie und bekomme panische Angst. Ich denke nicht weiter darüber nach.

Meine Mutter nennt mich eine femme fatale, weil ich so oft den Mann, naja, eher den Jungen wechsele. Aber ich würde das ja sehr ehrlich machen, meint sie, daran sei nichts verwerflich. Ich bin erstaunt, dass es verwerflich hätte sein können. Ich habe wieder etwas gelernt.

Es ist 2014. Meine letzte Beziehung, mit einem acht Jahre älteren Mann, habe ich gerade nach einem Jahr beendet. Ich habe das Gefühl, meiner emotionalen Pflicht ihm gegenüber nicht nachgekommen zu sein – er ist mir unterlegen, das haben mir alle erzählt, er ist mir unterlegen, er braucht meine Hilfe, emotional mitzukommen, ich muss ihn versorgen, eine Freundin versorgt ihren Freund. Er hat eine kleine Nichte, sie ist anderthalb, er findet, ich sehe gut aus mit ihr auf dem Arm. Seine Mutter fragt mich, wann ich ihn heirate. Ich bin 15.

Grooming (englisch: anbahnen, vorbereiten) ist der Fachbegriff für unterschiedliche Handlungen, die einen sexuellen Missbrauch vorbereiten. Er bezeichnet das strategische Vorgehen von Tätern und Täterinnen gegenüber Mädchen und Jungen: Sie suchen den Kontakt, gewinnen ihr Vertrauen, manipulieren ihre Wahrnehmung, verstricken sie in Abhängigkeit und sorgen dafür, dass sie sich niemandem anvertrauen.

*Unabhängiger Beauftragter für
Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs*

Er möchte so gerne mit mir schlafen. Ich komme ihm entgegen, eine Freundin schuldet das ihrem Freund, wir experimentieren ein bisschen, aber weit kommen wir nicht. Ich fühle mich nicht bereit. Er ist geduldig, aber ich mache Schluss, bevor irgendwas passieren kann.

Es ist 2015. Ich habe Abitur gemacht, mit 17, ich bin nämlich so schlau und weit und reif für mein Alter, dass ich 17 bin, sieht man mir nicht an. Ich trage die Haare jetzt lang und ungefärbt, das gefällt meinem neuen Freund besser. Er ist 27. Ich wohne bei ihm, weil ich in der Stadt, in der ich studiere, noch kein Zimmer gefunden habe, das ist schwer, unter 18, in einem anderen Land, aber ich bin so weit und reif, es wäre eine Verschwendung, in Deutschland zu studieren. Er findet, ich bin so viel schlauer und reifer als er, ich muss geduldig mit ihm und seinen unterentwickelten männlichen Gefühlen sein. Er küsst mich und zieht mich aus, meint, dass er mich nicht ausnutzen will, macht weiter. Ich denke, ja, ich mach es richtig. Ich schaff es. Endlich. Und irgendwie unterdrücke ich den Impuls, ihn wegzudrücken, schlucke das Nein in meinem Hals runter, ich will eine gute Freundin sein, und gute Freundinnen sagen nicht Nein. Ich bin 17.

**...schlucke das Nein
in meinem Hals runter, ich will
eine gute Freundin sein,
und gute Freundinnen sagen
nicht Nein.**

Als ich nach zwei Monaten ein einzugereites Zimmer habe, weint er und sagt, dass er mich nicht gehen lassen will. Ich wohne bei ihm mit einer Reisetasche, die in seinem Schrank versteckt ist, er darf eigentlich niemand anderes dort haben. Er weint und sagt, er hat Angst, mich zu verlieren. Ich verspreche ihm, dass er mich nicht verlieren wird. Ich bleibe.

Nach sechs Wochen schaffe ich es, mit ihm den Kompromiss zu vereinbaren, den er akzeptiert. Die nächsten zwei Jahre komme ich jedes Wochenende in seinen Wohnort, bleibe bei ihm. Ich finde keine Freund:innen, weil ich bei nichts dabei sein kann, aber er weint, also fahre ich jedes Mal wieder zu ihm. Ich bin so viel reifer als er, dieser siebenundzwanzigjährige Mann. Ich komme wieder.

Morgens verlasse ich das Bett nicht, weil er quengelt wie ein Kind, wenn ich vom Klo wiederkomme und er nicht wusste, wo ich war. Ich werde traurig, werde antriebslos. Ich bin so viel weiter und reifer als er.

Es ist 2015. Ich komme heulend vom Klo. Er ist positiv, sage ich. Wenn du es behältst, bezahl ich dir Unterhalt, aber dann ist es aus mit uns, sagt er. Als ob das eine Option gewesen wäre. Ich heule und heule und heule. Da ist etwas in mir, was dort nicht sein sollte. Mir wird übel. Ich esse fast nichts, eine Woche lang. Die Tabletten spülen es raus. Der Arzt musste mit Gewalt den Ultraschall einführen, weil meine Muskeln so verkrampft sind. Das wird normal sein, denke ich, sonst würde er etwas sagen. Ich beherrsche die Sprache dort noch nicht gut, darum ist mein Freund bei allem dabei. Die 12 Stunden, über die ich die Tabletten nehmen muss, sind die größten Schmerzen meines Lebens. Ich schreie und winde mich und kotze. Ich gehe am Tag danach zur Uni. Mein Freund will mich morgens nicht loslassen. Im Seminar bekomme ich Nasenbluten, es hört für eine knappe Stunde nicht auf. Ich muss heulen, ich zittere, ich kann kaum sprechen. Der Hausarzt meint, das ist kein Wunder, das komme vom Stress, da könne man nichts machen, außer Stress reduzieren. Verschreibt mir weiter die Pille. Meine Krankenkasse zahlt im Ausland keine Psychotherapie. Die psychologische Beratung an der Uni empfiehlt mir, weniger Freizeitaktivitäten zu machen, um mehr Zeit für meine Unisachen zu haben, und zu meditieren, es gebe da einen hervorragenden Onlinedienst, sehr günstiges Monatsabo. Am Wochenende fahre ich zu meinem Freund. Er versteht nicht, wieso ich keine Lust auf Sex habe, er fleht mich an, wie so oft, er lässt nicht locker. Eine gute Freundin gibt ihrem Freund, was er möchte. Und er sagt doch so lieb bitte.

Es ist 2017. In meinem vierten Semester muss ich die Regelstudienzeit aufgeben. Bisher sind die Zusammenbrüche hinter meiner Zimmertür geblieben, in meinem Wohnheim, wo ich mit fast niemandem rede. Die Jungs, die sich um mich gesorgt haben, sind ausgezogen. Die Jungs, die jetzt dort wohnen, gucken mich komisch an. Ich bin reifer als sie, denke ich. Dann fangen die Panikattacken an, das Studium einzuschränken, und erst da empfinde ich es als ernst, nichts darf meinen Erfolg einschränken. Ich bin schlau und fürsorglich, mehr Qualitäten habe ich nicht. Mein Freund schmeißt eine volle, heiße Pfanne nach mir, weil seine Hüfte wehtut und ich ihm helfen will. Ich bin weiter, denke ich, während ich hinter verriegelter Tür auf dem Badezimmerboden kauere und heule, ich muss Verständnis haben. Eine Freundin versorgt ihren Freund. Wer bin ich ohne ihn?

Es ist 2017. Ich bin zurück nach Hause gekommen, weil ich Psychotherapie brauche. Sonst könne ich ihn nicht unterstützen, sage ich meinem weinenden Freund. Sonst müsste er mich tragen, und er kann doch nicht mal sich selbst tragen. Er lässt mich gehen, aber ich fahre ihn besuchen, einmal im Monat. Zu mir kommt er fast nie, er mag die Stadt nicht, sagt er.

Es ist 2018. Ich muss bleiben. Das sagt meine Therapeutin, das sagen meine Heulkrämpfe, die ich nach der Therapie habe. Das sagt der Panikanfall, der mir in der Uni die Luft abgeschnürt hat. Ich gehe nicht mehr dort hin. Meine Klugheit entfällt. Ich bin nur noch fürsorglich, und das Objekt meiner Fürsorge ist weit weg. Zu meiner Fürsorgepflicht gehören sexuelle Dienste mit vorgetäuschem Enthusiasmus, aber egal was ich tue, meine Muskeln verkrampfen, wenn wir es versuchen, mir wird übel, ich bekomme Angst, die Luft wird mir knapp, ich habe Schmerzen – er weint, wenn ich nein sage. Ich bin nur noch fürsorglich, und in der Fürsorge versage ich. Wer bin ich noch?

Es ist 2019. Ich bin keine Frau. So viele Dinge machen jetzt Sinn. Die Angst vor der Gynäkologin. Mein dauerhaftes Anecken in allen Geschlechtergruppen. Meine Depression, und dass sie zeitgleich mit der Pubertät eingesetzt hat. Dass Dinge, die für andere unangenehm gewesen wären, für mich der innerste Kreis der Hölle waren. Und es immer noch sind, in meinen Alpträumen, oder wenn ich die Augen schließe. Ich trenne mich von ihm, weil ich ihn nicht mehr tragen kann. Ich bin gescheitert. Ich bin keine Frau, aber ich war doch seine Freundin, und eine Freundin versorgt. Ich bin so viel weiter als er. Ich muss das halten, ich muss es alles halten, erhalten, aushalten, aufrechterhalten. Ich kann nicht.

Es ist 2021. Ich sitze im Park und heule. Ich bin ein Mann, oder zumindest sollen die meisten Leute das denken, weil sie das Wort »nichtbinär« nicht verstehen würden. Ich traue mich nicht, etwas zu sagen. Ich muss.

Ich wurde missbraucht, sage ich. Schluchze ich. Aber du hast doch damals nichts dagegen gesagt, sagt die Stimme in meinem Kopf. Ich weiß, dass Feminismus nicht so funktioniert. Ich schlucke. Ich war nicht konsensfähig, und ich wurde ausgenutzt, sage ich, zu mir selbst so sehr wie zu ihnen. Ich war körperlich erwachsen, aber ich war noch ein Kind, ich war doch noch ein Kind. Mit 13, mit 15, mit 17. Bedrücktes Schweigen. Was sie sich wohl vorstellen. Sicherlich nicht, was passiert ist. Sie denken an einzelne Nächte, verzogene Mienen, zusammengepresste Augen im Bett. Ich denke

an seinen Frust und seine Mitleidhascherei, weil ich mich nicht getraut habe, ihm zu sagen, dass ich nicht will; und wie ich denke, ich will doch nie, aber das kann ich dir nicht antun, eine Freundin muss ihren Freund begehren. Ich denke an seine Tränen. Ich denke an sein Festklammern. Ich denke an sein Flehen. Ich denke an Lob. Ich denke an meinen Schwimmunterricht in der siebten Klasse, ich sitze am Beckenrand, weil ich blute. Mein Lehrer glaubt mir und dem Zettel von meiner Mutter nicht, ich bekomme eine vier. Ich denke an meine beste Freundin, die mir erzählt, wie sie mit ihrem 15 Jahre älteren Freund geschlafen hat, ich bin in der achten Klasse. Ich bin 13 und küsse einen Jungen, weil er angefangen hat. Ich bin 17 und verstehe nicht, warum ich heulen muss, wenn ich in den Zug zu meinem Freund steige. Ich bin acht und höre meiner Lehrerin zu, die sagt, dass ich meinen Klassenkameraden nicht hauen darf, weil ich so viel weiter und reifer sei als er. Ich bin 10, und meine Mutter kauft mir einen Eisbecher, weil ich eine Frau geworden bin.



**Ich bin nur noch fürsorglich,
und in der Fürsorge versage ich.
Wer bin ich noch?**

Joe Heck

Suicide of the author

A photograph of two hands reaching towards each other against a red background. The hands are positioned in the lower half of the frame, with one hand on the left and one on the right, fingers slightly curled as if about to grasp each other. The lighting is dramatic, highlighting the contours of the hands against the deep red background.

Eine sozialistische
Perspektive auf den
Tod Klaus Manns
und das Thema »Suizid«

Die Frage danach, ob Suizid ein Mittel des sozialistischen Widerstands sein kann, möchte mensch gerne humanistisch verneinen. Doch wenn Suizid aus eigenem Antrieb als Widerstand verstanden werden möchte, wird aus dieser Position ein moralisches Problem. Wie ist es unter einen Hut zu bringen, ein selbstbestimmtes Framing dieser Art Ernst zu nehmen und den Selbstmord zu gleich nicht als politisches Mittel zu verherrlichen? Die sozialistische Praxis benötigt eine Sprache für die Momente, in denen Selbstmord gezwungenermaßen ins Zentrum ihrer Aufmerksamkeit rückt.

Zwei Wochen nach seinem Selbstmord rief Klaus Mann dazu auf, ihm kollektiv nachzufolgen. Dazu lädt zumindest eine Passage ein, die sich als Schlusswort eines lebendigen, von pathetischer Verve strotzenden Textes befindet, dessen posthume Veröffentlichung 1949 Manns Schwester und Leidensgenossin Erika ersann. Der Titel des Essays, »Die Heimsuchung des europäischen Geistes«, drückt bereits – ob er jetzt der Feder von Erika Mann oder der von Klaus entsprang, sei dahingestellt – mit kräftiger Ambiguität die dem Text anhaftenden Stigmata aus. Zum einen schrieb Mann einen gewaltigen Rundumschlag gegen die europäische Intelligenzija, einen mit den kontinuierlich nach dem Zweiten Weltkrieg weitergeführten alten Konflikten und Positionen abrechnenden Kraftakt; leicht säuerlich-verbittert, aber mit argumentativer Stärke – eine Heimsuchung der Fehler im europäischen Geist. Zum anderen gerät mensch als Leser:in durchaus ins Stocken, wenn mensch im Text Manns dessen Wunden erblickt. Am Ende macht Mann das Heimgesucht-Werden vom europäischen Geist zu einem Framing für seinen eigenen Selbstmord, was auszusprechen er einem jungen Studenten in Uppsala in den Mund legt:

Und er sagte: »Eine neue europäische Bewegung sollen sie ins Leben rufen, die europäischen Intellektuellen, eine Bewegung der Verzweiflung, die Rebellion der Hoffnungslosen. Statt des sinnlosen Versuches, ›die Macht‹ zu ›appeasen‹; anstatt habgierige Bankiers und herrschsüchtige Bürokraten zu verteidigen und ihren Machenschaften Vorschub zu leisten, sollten wir laut und deutlich protestieren und unserer Bitterkeit, unserem Entsetzen den unmißverständlichsten [sic!] Ausdruck zu verleihen. Wir sind an einem Punkte angelangt, wo nur die dramatischste, die äußerste Geste noch irgend Aussicht hat, bemerkt zu werden und den blinden, hypnotisierten Massen ins Gesicht zu reden.« Und er sagte: »Hunderte, ja Tausende von Intellektuellen sollen tun, was Virginia Woolf, Ernst Toller, Stefan Zweig, Jan Masaryk getan haben. Eine Selbstmordwelle, der die hervorragendsten, gefeiertsten Geister zum Opfer fielen, würde die Völker aufschrecken aus ihrer Lethargie, so daß sie den tödlichen Ernst der Heimsuchung begriffen, die der Mensch über sich gebracht hat durch seine Dummheit und Selbstsucht«. Und er sagte mit einer Stimme, die nicht mehr ganz sicher war: »Der absoluten Verzweiflung sollten wir uns überlassen. Nur das wäre ehrlich und nur das könnte uns helfen.«¹

»Und die Schlacht der Ideologien läuft weiter«² – Klaus Manns Mittel der Wahl ist, so wird mit Härte impliziert, der Selbstmord. Nun war Klaus Mann mit Bestimmtheit kein Sozialist, allerhöchstens ein leicht romantisierender liberaler Utopist, dennoch wirft der zitierte Absatz einige philosophische Fragen auf, die auch aus einer sozialistischen Perspektive von Bedeutung sind – immerhin verstand sich Mann in der Position eines Widerständlers. Wie rezipiert mensch so einen Text, wie spricht mensch über einen Abschiedsbrief und den Selbstmord? Diese Frage, die in Manns Text in doppelter Weise aufkommt – durch den wegen Manns Selbstmord gegebenen Kontext, sowie mittels Manns eigener Rezeption der Selbstmorde von Woolf, Toller, Zweig und Masaryk – führt auf filigranes Glatteis, wenn man der Versuchung erliegt, den Rattenschwanz moralischer Implikation auszuklammern. Den Text als Text zu behandeln, ihn mit der Freiheit des »Death of the Author«-Paradigma ohne eine mit der Leser:in interagierende Funktion, etwa Ermutigung oder Aufforderung zu lesen, überführt das Schriftstück in einen amoralischen Nimbus und beraubt ihn damit zugleich seiner scheinbar zentralsten und wichtigsten Komponente: des hier besonders wichtigen, persönlichen Ausdrucks des Autors. Einer Aufforderung zum Selbstmord aber beim Rezipieren des Textes Raum zu geben, so zeigt es sich gerade auch in Manns eigenem Umgang mit Woolf, Toller, Zweig und Masaryk, birgt die Gefahr der Verherrlichung in doppeltem Sinne: der Verherrlichung der Autor:innen und der Verherrlichung des Selbstmordes als Mittel der Agitation. Nun fragt die Sozialist:in: »Was tun?«. Wie lässt sich eine sozialistische Perspektive auf einen Text wie den Manns werfen, ohne zynisch Held:innenverehrung zu betreiben?

Einer Aufforderung zum Selbstmord aber beim Rezipieren des Textes Raum zu geben, so zeigt es sich gerade auch in Manns eigenem Umgang mit Woolf, Toller, Zweig und Masaryk, birgt die Gefahr der Verherrlichung in doppeltem Sinne: der Verherrlichung der Autor:innen und der Verherrlichung des Selbstmordes als Mittel der Agitation.

Was spukt in den Abschiedsbriefen?

Eine Antwort, die der sozialistischen Rezeption eines Selbstmordes die schwierig gewordene Sprache wiedergeben könnte, findet sich in den Schriften Mark Fishers. Dieser nahm sich 2017, wie Mann fast sieben Jahrzehnte vor ihm, das Leben. Seiner sozialistischen Gesinnung trotzend wandelte Fisher auf den kulturtheoretischen Spuren Jacques Derridas. Dafür griff er dessen in »Marx' Gespenster« entwickeltes Konzept der »Hauntology« auf – ein Neologismus, der mit der phonetischen Nähe zum Wort »Ontology« spielt – und erweiterte es um eine sozialistische Komponente. Die Hauntology wurde damit in Fishers Händen zu einem probaten Mittel, um Kulturkritik zu betreiben. Fisher notierte zum Konzept der »Hauntology« folgendes:

Ausgehend von Häggglunds Unterscheidung zwischen Nicht-mehr und Noch-nicht lassen sich somit vorläufig zwei Richtungen von Hauntology isolieren. Die erste bezieht sich auf ein aktuales Nicht-mehr, das jedoch als Virtualität bleibt: im traumatischen »Wiederholungszwang«, als fatales Muster. Die zweite Richtung bezieht sich auf das in seiner Aktualität noch nicht Geschehene, das virtuell indes immer schon wirksam ist: ein Attraktor oder eine Antizipation, die gegenwärtige Verhaltensweisen formt. Das von Marx und Engels in den ersten Zeilen des Kommunistischen Manifests beschworene »Gespenst des Kommunismus« ist genau solch ein Spuk: eine Virtualität, die durch ihr angedrohtes Kommen bereits dazu beiträgt, den gegenwärtigen Zustand zu untergraben.³

Die Hauntology ist die Erforschung der Differenz, nicht einfach der Text in seinem Kontext, sondern das Ausmalen des Nicht-Gesagten, das Vorzeichnen des Sich-Anbahnenden. Fisher nutzte die »Hauntology« als Werkzeug, um in Kunstwerken Spuren der nicht eingetretenen Utopie des Sozialismus zu finden. Doch auch ein Text wie der von Klaus Mann enthält in seinem biographischen Kontext und seiner vehementen, fragwürdigen Aussage eine solche Virtualität. Und diese bietet tatsächlich eine hilfreiche Möglichkeit für die Rezeption: Nicht nur gesteht eine Auslegung des Textes im Sinne einer Hauntology den Rezipient:innen die Möglichkeit zu, die Autor:innen eines impliziten oder expliziten Abschiedsbriefes in ihren Aussagen, Meinung und der Selbstcharakterisierung ernst zu nehmen, als auch den Selbstmord, beziehungsweise die dazu getroffenen Äußerungen, zu deuten. Hauntology unterwandert die dabei auftretende Gefahr der Heroisierung des Aktes, indem auch nicht-gesagte Ursachen zu Wort gebracht werden können: die psychologische Situation der Verfasser:innen, die gesellschaftlichen Umstände.

Der sozialistische Blick auf den Selbstmord

So könnte man zweifelsohne auch aus einem sozialistischen Blickwinkel wie Klaus Mann davon sprechen, dass sich Ernst Toller und Stefan Zweig, Virginia Woolfe, Jan Masaryk und Klaus Mann selbst mittels ihrer Selbstmorde in eine widerständlerische Position befördert haben. Oder aber, dass sie Opfer einer großen, systematischen Problematik wurden – bei der Interpretation stehen alle Wege frei zur Verfügung. Und so könnte wer möchte den Text genauso gut von seinen biographischen Tauen lösen und mit aufwendigen Begründungen im Ich des Textes beispielsweise eine der eigenen Zeit entrückte Version von Klaus Manns Utopisten-Variante Alexanders des Großen sehen, den Mann am Ende seines Alexanderromans genauso als gescheiterten Utopiker charakterisiert wie das lyrische Ich seines letzten Essays. Ein literarischer Vergleich dieser Art ist natürlich zufallsbestimmt und von persönlichem Gusto, von der individuellen Lesart der Rezipient:in abhängig. Trotzdem findet sich, so will es der Zufall, zum Ende von Manns Alexanderroman eine Passage, die das Problem im Umgang mit Manns Essay faszinierend zu spiegeln scheint. Mann lässt dort seinen Protagonisten als Kommentar zum eigenen Tod schweigen, eine symbolische Deutung bleibt ambig. Das Nicht-Gesagte in Alexanders Schweigen ist jedoch ertragreicher als jedes von ihm verlorene Wort, weil die Leser:in in ihm die unzähligen Motive und Themata wiederhallen hört.

Als er schwieg, sagte auch der Engel nichts mehr. »Und zuletzt habe ich noch deine Hände verwundet«, fügte Alexander nach großer Pause hinzu. Er legt seinen Mund auf die eingewickelten Hände. »Nun brauchst du nicht mehr zu antworten«, hauchte er noch. »Du hast dein Urteil ja schon vor der Beichte gesprochen. Ach, ich habe wesentlich gefehlt – « [...] Hinter ihm die Generäle wechselten ängstliche Blicke. Die Truppen lauschten noch, ob keine Worte kämen. Aber Alexanders Mund schwieg. ⁴

Und gerade weil Klaus Mann nicht geschwiegen hat, ist die Hauntology seines Textes ebenso faszinierend. Klaus Mann spricht über Fehler in seiner Gesellschaft, findet in keiner Position etwas Lebenswertes, Klaus Mann framed seinen Suizid. Klaus Mann schweigt über seine Leiden, Klaus Mann spricht nicht von seinen Süchten, Klaus Mann legt seine Verzweiflung anderen in den Mund. Eine sozialistische Perspektive, die eine solidarische Lehre aus Texten wie dem Manns ziehen will, muss darauf achten, nicht an der fehlerhaft-dornigen Gesellschaft hängen zu bleiben und sich darauf zu beschränken, diese in Worten sichtbar zu machen. Im

Text die einsehbare Systematik der verwalteten Welt zu erblicken und die Schuld am Selbstmord in diese hineinzuverlegen, reicht weder aus, noch hinterlässt dieses Vorgehen einen Auftrag an das sozialistische Projekt.

Es muss Bestandteil des Sozialismus sein, solidarisch das Ideal der Humanität aufrechtzuerhalten, also muss es auch Bestandteil des Sozialismus sein, eine Ermahnung dazu in einer Abwesenheit von Humanität zu lesen. Ein Vorschlag für eine sozialistische Lehre aus Klaus Mann: Ein gelebter Sozialismus darf jemensch, welche:r an psychischen Problemen leidet, nicht für die gute Sache an diesen Problemen zu Grunde gehen lassen. Selbst wenn jemensch seinen Selbstmord als Akt des Widerstandes verstanden haben möchte, sollte man sich die Freiheit zugestehen, zu hinterfragen, ob andere Gründe dabei eine wesentliche Rolle gespielt haben könnten. Das im Voraus und im Nachhinein zu tun, ist eine sozialistische Aufgabe, nur so wird das Leiden von an Depressionen Erkrankten in sozialistischer Agitation ernst genommen. Und nur so wird Raum dafür geschaffen, einen Selbstmord gegen die Intentionen der Verstorbenen auch stets als Ermahnung dafür zu lesen, dass im zwischenmenschlichen Rahmen sozialistischer Aktivität gegenüber an Depressionen Erkrankten besondere Solidarität herrschen muss.



- 1 Mann, Klaus (1994): *Auf verlorenem Posten. Aufsätze, Reden, Kritiken 1942 – 1949*. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg. S. 523–542.
- 2 Siehe ebd.
- 3 Fisher, Mark (2015): *Gespenster meines Lebens*. Tiamat, Berlin. S. 31.
- 4 Mann, Klaus (2018): *Alexander. Roman der Utopie*. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg. 2. Auflage. S. 226.

»Die Menschen nicht in ihrer Ohnmacht hinterlassen«

Ein Interview mit der psychischen Beratung der Poliklinik Veddel. Es ging um die Einbindung von Gesundheitsarbeit in Stadtteilen, die Einwirkung von Armut und Diskriminierung auf die Gesundheit und welchen Effekt die Pandemie auf die Psyche haben wird.

New Critique: Wer seid ihr? Was ist euer Angebot?

Tobias/Poliklinik: Die Psychologische Beratung grenzt sich ganz klar von einem therapeutischen Beratungsangebot ab. Wir bieten Beratungen auf systematischer Grundlage an und sind gerade vier Kolleg:innen. Alle systemisch ausgebildet. Das deutlichste Kriterium, das uns von der Therapie unterscheidet, ist, dass wir in der Regel erst fünf Termine anbieten. In manchen Fällen finden auch sechs oder sieben Termine statt. Aber das ist sozusagen unser Grundangebot. Das heißt die Dauer ist schon ein Merkmal, da wir uns irgendwann entschieden haben – und das ist wieder ein Stück Selbstbild –, eher breit zu versorgen als intensiv, weil wir relativ schnell gemerkt haben, dass der Bedarf auf der Veddel sehr hoch ist. Bei unserer Ankunft war die Versorgungslage katastrophal und jetzt noch immer nicht richtig gut. Deswegen haben wir gesagt, dass wir lieber vielen Menschen zugänglich sein wollen als wenigen intensiv und dann versuchen zu unterstützen und in Therapie zu kommen, wenn deutlich wird, dass es intensivere Themen und Prozesse gibt.

Die vier Kolleg:innen – zwei männlich und zwei weiblich gelesene –, zwei von denen haben 20 Stunden, eine hat 18 Stunden und ich selber habe keinen festgelegten Stundensatz. Ich habe eine andere Tätigkeit in der Poliklinik für die ich entlohnt werde und mache im Zuge dessen halb ehrenamtlich und weitere zwei bis drei Beratungen die Woche.

Was dieses Jahr neu ist, ist dass eine Kollegin ihr Angebot an Familien richtet. Also an junge Erwachsene, Kinder und Jugendliche. Ansonsten sind wir offen für alle und alle Themen und wenn eine Person von dem eher geringen Umfang nicht abgeschreckt ist, kann auch alles besprochen werden – da machen wir keine Einschränkungen.

Wir bieten Beratungen an allen Tagen in der Woche und haben einmal in der Woche zwei Stunden eine Krisensprechstunde, die sozusagen immer für Termine, die in der Woche gemacht werden sollen, freigemacht werden.

NC: Die Poliklinik hat ja schon den Anspruch, vor allem die Nachbarschaft zu versorgen. Wie seid ihr denn in das Viertel eingebunden? Seid ihr mittlerweile eine bekannte Größe? Und wie finanziert ihr die kostenlose Beratung?

Ich würde sagen, dass wir mittlerweile eine gute Beziehung in den Stadtteil haben und unser Angebot Vielen bekannt ist – über die psychologische Beratung hinaus. Ein kostenloses psychologisches Beratungsangebot, was sehr niedrigschwellig zugänglich ist – das hat schon zu Interesse über die Veddel hinaus gesorgt und wir haben am Anfang auch Klienten gehabt, die auch von der Nordseite der Elbe gekommen sind. Wir haben das aber zusehends reduziert und auf die Veddel begrenzt. Nicht, dass wir anderen den Bedarf absprechen, aber wir verstehen uns als ein Stadtteilgesundheitszentrum und möchten Modell dafür sein, dass Gesundheitsversorgung kleinräumig stattfindet. Wir sind mit unserem Angebot voll ausgelastet. Auf der Veddel leben 4.000-5.000 Menschen, da ist ein Zentrum mindestens notwendig. Wir würden sagen, in Wilhelmsburg braucht es wieder zwei und auf St Pauli auch und so weiter. Von daher ist es gerade so, dass wir bei Menschen, die nicht von der Veddel kommen, eher sagen müssen: »Das ist leider grad nicht gut möglich.« Also Wilhelmsburg und Reiherstieg finden schon mal statt. Aber unsere Praxis nimmt ganz klar keine neuen Menschen an, die nicht auf der Veddel leben, weil das nicht geht. Leider. Unsere Vorstellung wäre, dass es ortsnahe und kleinteilig wieder die nächste Poliklinik gibt.

Wir werden jetzt über Quartiersfond und städtisches Geld finanziert – das sind immer Jahresverträge – bei denen wir schauen müssen, dass es über das Jahr hinaus geht.

NC: Im Viertel sieht man immer wieder Sticker von euch, bei denen ihr auch auf soziale Unterschiede hinweist und welchen Einfluss diese auch auf körperliche Gesundheit haben. Wie würdet ihr den Zusammenhang zwischen Armut, Diskriminierung und psychischer Belastung sehen?

Dass der besteht, würde ich auf jeden Fall sagen. Es ist einfach so, dass die Menschen auf der Veddel mit Lebensumständen konfrontiert sind, die aus unserer Sicht kontinuierlichen Stress verursachen und wo vor allem der erlebte Kontrollpunkt außerhalb ihrer selbst liegt. Es gibt ja Stressmomente, wo ich einfach nach einer gewissen Einschätzung der Lage zu einem Punkt komme: »Ok, wenn ich das und das mache, wird sich der Stress reduzieren oder das, was mir Stress macht, wird sich auflösen lassen.« Wenn wir auf Lebensverhältnisse und soziale Determinanten schauen, wie jetzt Wohnverhältnisse, Arbeitsverhältnisse oder – was du angesprochen hast – Ausgrenzungen und Diskriminierung; das sind Dinge, da kann ich ad hoc oder mittelfristig nur schwer dran drehen. Das zu wissen – wenn auch nicht immer bewusst – es aber doch vor Augen zu haben und damit sich kontinuierlich auseinandersetzen zu müssen, sind Stressoren, die sich körperlich und gesundheitlich niederschlagen und zu einer Lebenszeitverkürzung führen. Das zeigen auch viele Daten für Hamburg. Aber auch global gibt es Daten dazu. Die Schwierigkeit liegt darin, einerseits darauf aufmerksam zu machen. Das andere ist, die Menschen nicht mit diesem Wissen und in dieser gefühlten oder realen Ohnmacht zu zurücklassen. Es gibt immer diese Abwägung, zu sagen, »Wir denken, das ist so« und zu schauen, wo man ansetzen kann.

Deswegen würde ich auch nochmal das gesamte Angebot der Poliklinik eingehen wollen: Es geht darum interdisziplinär zu versorgen. Aber wir sehen auch die Gemeinwesenarbeit als Gesundheitsversorgung an und haben sie direkt in der Poliklinik verankert. Das ist ein Versuch, der auch gelingen kann, wenn man mehr Kapazitäten erhält und es institutionalisiert. Weg vom individuellen, hin zum kollektiven. Hin zu den Strukturen, um zur Selbstermächtigung zu kommen. Weg vom individuellen, hin zum kollektiven. Hin zu den Strukturen, um zur Selbstermächtigung zu kommen.

Das sind natürlich große Räder. Die haben aber einen sehr eindeutigen Einfluss darauf, wie krank oder gesund die Menschen werden – am Ende leider auch darauf, wie alt sie werden.

NC: Der Zugang zu psychischer Gesundheitsversorgung ist ja stereotypischer Weise schwieriger als zur körperlicher Gesundheitsversorgung. Merkt ihr das in eurer täglichen Arbeit? Ist die psychische Versorgung auch für alle Menschen gleich zugänglich oder merkt man zum Beispiel, dass bestimmte (internalisierte) Geschlechtervorstellungen daran hindern, Hilfe zu suchen? Oder dass die Gesundheitsversorgung auf PoC noch mal rassistischer reagiert. Bekommt man diese Diskriminierungen mit bei der Arbeit?

Was wir ganz klar mitkriegen, ist, dass es eine psychotherapeutische Unterversorgung gibt, mindestens auf der Veddel, aber auch in Wilhelmsburg. Vielleicht pauschal auch in ganz Hamburg. Man merkt deutlich, dass auch gerade Menschen, die diese Hilfe brauchen, auch noch mit einer schlechten Versorgungsstruktur konfrontiert werden. Das ist doppelt fatal.

Wie weit Ausschlüsse passieren – bei uns selbst haben wir zu Beginn bemerkt, dass der Anteil von weißen, jüngeren eher studentischen Personen, die uns aufgesucht haben, relativ hoch war. Das hat sich so langsam gewandelt. Das ist einmal die Frage der Ansprache. Aber auch eine Frage der Sensibilisierung. Was ich eben ganz grundsätzlich meinte, inwieweit sind Personen dahingehend sozialisiert, bei sich selbst wahrzunehmen, dass psychologische Beratung hilfreich sein könnte, dass sie also ein Anliegen an diesen Fachbereich haben. Ich glaube, dass da eine Sensibilisierung langsam stattfindet – da gibt es natürlich Fragen wie die der Sprachlichkeit. Wir versuchen das Angebot mit Dolmetscher breiter zugänglich zu machen, aber das sind Hürden, die auch etwas sehr Manifestes haben. Gerade in der psychologischen Beratung ist Sprache das Werkzeug. Und zu wissen, da ist eine Sprachmittlung nötig und ich kenne die Person nicht, die sprachmittelt, das ist für einige schon eine Hemmung. Aber auf jeden Fall ist erkennbar, dass die Nutzer:innen-Gruppe in unserem Fachbereich zunehmend durchmischt. Das freut uns total, aber das hat, denke ich, verschiedene Faktoren.

Man merkt deutlich, dass auch gerade Menschen, die diese Hilfe brauchen, auch noch mit einer schlechten Versorgungsstruktur konfrontiert werden. Das ist doppelt fatal.

Und ich glaube, dass nur Rassismen struktureller Natur in unserer Gesellschaft alltäglich ablaufen und ich würde einem Menschen auf der Veddel nicht vorwerfen, wenn er davon ausgeht, auch in der Poliklinik damit konfrontiert zu werden. Also wenn ich in meiner Lebenswelt zu 70/80 Prozent mit Rassismus konfrontiert werde, warum sollte es dann anders sein? Ich denke, dass wir nach viereinhalb Jahren an einem Punkt sind, wo immer mehr Bewohner:innen bestenfalls schon Erfahrungen mit uns gemacht oder zumindest irgendwo von uns gehört haben, dass wir ein Ort sind, der sich sehr viel Mühe gibt, sensibel zu sein. Aber das beginnt noch, da sind in Hinsicht von Beziehungsaufbau und -gestaltung noch sehr gefragt. Aber da hat ein guter Weg begonnen.

NC: Der Aufbau der Beziehungen findet über die Stadtteil-/Gemeindearbeit statt?

Ja, zum einen das. Da finden andere Formate statt. Zu Corona haben wir immer mal einen Infotisch. Wir versuchen schon rauszugehen und Kontakt aufzubauen, z. B. zur islamischen Gemeinde und zu anderen Institutionen. Aber ich glaube, es ist auch nicht geringzuschätzen, dass wir in fünf Fachbereichen plus Gemeindehilfenarbeit versorgen und allein die beiden Praxen haben pro Quartal über 2000 Scheine – das heißt so viele Menschen kommen dorthin und lassen ihre Gesundheitskarte durchziehen. Es findet viel Versorgung statt, worüber erlebbar ist, wer wir sind und was unser Anspruch ist. Und ich denke, dass das alles zusammen dazu führt, dass eine Beziehung Gestalt annimmt.

Poliklinik Veddel

Mail: psychberatung@poliklinik1.org

Website: <http://poliklinik1.org/psychologische-beratung>

Psychologische Beratung AStA Uni Hamburg

Wir sind eine Gruppe von Psychologiestudierenden im höheren Semester, die angebunden an den AStA psychologische Beratung für alle Studierenden anbieten. Unsere Beratung findet freitags von 14 bis 18 Uhr statt, und zwar im WiWi-Bunker (Von-Melle-Park 5). Aktuell beraten wir übergangsweise digital über Zoom und voraussichtlich noch im WiSe 21/22 wieder in Präsenz.



→ Link zum Zoom-Meeting: <https://uni-hamburg.zoom.us/j/93565713650>

Alle Updates, z. B. Rauminfos, sind einsehbar unter:
www.asta.uni-hamburg.de → Beratung → Psychologische Beratung
von Studierenden für Studierende

Wie arbeiten wir?

Unsere Arbeit begreifen wir als psychologisch-soziale Beratung. Das Ziel von Beratung ist nicht wie bei einer Psychotherapie die Veränderung der Persönlichkeit oder die Behandlung von Krankheiten. Stattdessen verstehen wir unsere Arbeit als Hilfe zur Selbstklärung und Orientierung. Dabei berücksichtigen wir besonders die persönliche und soziale Situation der Ratsuchenden und nehmen die praktischen Lebensverhältnisse, in denen diese sich aufhalten, mit in den Blick.

In unserer Beratung wird eine vollständige Anonymität gewährleistet, d. h. ihr müsst nichts preisgeben, was ihr nicht wünscht, wie z. B. den Namen oder andere persönliche Daten. Außerdem stehen wir als Beratende nach den gesetzlichen Vorgaben unter Schweigepflicht.

NC: Die aktuelle Lage ist ja stark durch die Pandemie geprägt. Wie hat das die Beratung berührt?

Als erstes gab es keine face-to-face-Beratung mehr, sondern nur telefonisch oder per Zoom. Wir hatten schon den Eindruck – da weiß ich keine genaue Verteilung – dass einige das als Vorteil empfunden haben zu Hause am Computer sitzen zu können. Aber für die meisten war das mega scheiße, weil sie die Infrastruktur nicht haben oder es für sie eine Hemmung bedeutete. Wir hatten das Gefühl, dass durch Isolation, Unsicherheit und Vorsicht, die sich im Alltag sehr schnell eingestellt hat, Viele, die zwar stabil, aber in ihrer Lebenssituation nicht gefestigt waren, auf die andere Seite gekippt in Richtung instabil sind. Da sind dann Krisen zeitnah aufgetreten, die sonst nicht aufgetreten wären. Oder Menschen haben ihre Struktur verloren. Gerade in prekären Arbeitsverhältnissen ist für viele Menschen etwas weggefallen und dann konnten sie nirgendwo hingehen, sondern saßen zu Hause. Und das hieß dann, sich mit den eigenen Themen konfrontieren.

Da hat man schon gemerkt, dass das für neue Bedarfe gesorgt hat. Wir haben dann recht zeitnah ein Gruppenangebot online initiiert, um gerade so dem strukturierenden Bedarf nachzukommen. Morgens um 9 Uhr gab es diese Gruppe. Die war dann nicht immer so tiefgehend, aber das war dann klar: morgens mache ich den Rechner an und dann sind da sieben Personen, mit denen ich mich austausche. Und morgen auch wieder und übermorgen auch wieder. Wir haben viel Feedback erhalten, dass das wichtig war.

Ich würde auch sagen – Stichwort Kollateralschäden –, dass es jetzt erst richtig losgeht. Also die prekären Arbeitsverhältnisse, die weggebrochen sind, aber auch der familiäre Kontext, die Einsamkeitsgeschichten, dann Menschen, die erkrankt waren, die wirklich Ängste durchgestanden haben – so ganz viele Themen um Krise und Pandemie, die sich jetzt mehr setzen und mehr Auswirkungen haben, weil Menschen jetzt Bedarfe entwickeln, was psychologische Beratung und Unterstützung angeht.

NC: Habt ihr Pläne, wie ihr in Post-Pandemie-Zeiten auf die neuen Bedarfe eingehen wollt?

Es gibt zumindest Gelder, die dahingehend abgerufen werden können und wir wollen sehen, dass wir kapazitätenmäßig gut aufgestellt sind. Wir sorgen dafür, dass unser Angebot zumindest nicht kleiner wird, sondern den Umfang behält, den es jetzt hat. Jetzt schreiben wir Anträge, damit es im Jahr 2022 so gut weiter gehen kann. Mit vier Personen und dem Stundenumfang sind wir gut aufgestellt – auch für uns, damit wir ein Team haben, in dem wir uns selbst gut unterstützen können. Der Anspruch ist auf jeden Fall die Kapazitäten zu sichern.

NC: Wann kann man sich eigentlich an euch wenden? Welche Optionen gibt es für Menschen, die Beratung haben wollen, aber nicht auf der Veddel leben?

Zum Beispiel in Wilhelmsburg gibt es Lotse, mit denen wir kooperieren. Anlaufpunkte gibt es auch in Wilhelmsburg. Therapeutisch ist es leider echt schlimm. Um Wilhelmsburg versorgen nach meinem Stand drei oder vier Therapeut:innen. Wir empfehlen den Menschen immer, sich an die Ausbildungszentren zu wenden, was leider immer norderelbisch ist und dementsprechend auch Mobilität erfordert. Ansonsten ist die Versorgungslage leider nicht gut. Da kann ich nicht viel Schöneres sagen. Wir hoffen in der Poliklinik auch, dass wir selbst mittelfristig ein therapeutisches Angebot schaffen.



Gerade in prekären Arbeitsverhältnissen ist für viele Menschen etwas weggefallen und dann konnten sie nirgendwo hingehen, sondern saßen zu Hause. Und das hieß dann, sich mit den eigenen Themen konfrontieren.

Die Dynamik des Aufstands

Aufstieg und Niedergang der Hungerrevolte in Hamburg 1919

Der Aufstand ist beim ersten Hinsehen nur Ausdruck von Unordnung, ein Ausbruch aus dem Korsett des choreographierten Konflikts.

Aber wie kann man ihn jenseits von Erzählungen von Barrikaden und Scherben begreifen?

Am historischen Beispiel der Hamburger Sülzeunruhen soll die Anatomie des Aufstands untersucht werden: seine kollektive Zusammensetzung, sein ökonomischer Hintergrund, seine Gegnerschaft – wodurch der Aufstand auflebte und staatszersetzend zu werden begann, aber wodurch er auch letztlich scheiterte.

Die Situation geriet im Juni 1919 außer Kontrolle. Fühlten sich die Arbeiter:innen schon länger verarscht von Staat und all seinen Getreuen, griffen sie nun zur Selbstjustiz. Ein Unternehmer – und wie sich Tage darauf herausstellte, nicht nur er – hatten die Hungersnot der Arbeiter:innen ausgenutzt, um ihnen schimmelndes Fleisch billig zu verkaufen. Es formte sich ein spontaner Protest, an dessen Ende der Unternehmer in der Elbe landete und die Arbeiter:innen ihre Waffen gegen das Rathaus richteten. Die begonnene Selbstorganisation und der Bau der Barrikaden war dann auch kaum noch von den Arbeiter:innenparteien aufzuhalten – erst die Armee und die Freikorps konnten unter Weisung der regierenden SPD den Aufstand ersticken.

Hamburg 1919 war damit kein Sonderfall – weder in der zeitlichen Epoche der Nachkriegszeit noch in den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen wir uns noch heute wiederfinden. Auch jetzt flammen die Nachrichten aus aller Welt regelmäßig mit Berichten von den verschiedenen Aufständen auf: Minneapolis, Ferguson, Istanbul, London, Athen. Damals wie heute stehen sich in der Marktwirtschaft eine Mehrheit, die ihre Arbeitskraft verkaufen muss, um zu überleben, und eine Minderheit, die die Produktionsmittel besitzt und die Arbeitskraft der anderen einkauft, um ihren Reichtum zu mehren, gegenüber. Dieses Konkurrenzprinzip hat eben auch zur Folge, dass Bedürfnisse nicht immer gedeckt werden können – eben nur dann, wenn die entsprechende Zahlungsfähigkeit vorhanden ist. Der soziale Gegensatz, der aus diesen unterschiedlichen Ausgangspunkten und ihren damit verbundenen Interessen entsteht, ist in dieser Gesellschaft fest eingeschrieben (nichts anderes ist der Klassenkampf): Die Arbeiterin braucht mehr Lohn, um die steigenden Kosten zu bezahlen – die Unternehmerin will den Lohn senken oder gleich komplett einsparen, damit sich die Produktion überhaupt lohnt. Der Konsument muss möglichst billig einkaufen, damit er noch genügend Geld für den Rest des Monats übrig hat – der Verkäufer muss möglichst teuer verkaufen, um nicht pleite zu gehen.¹ Diese unterschiedlichen Interessen führen auch auf Seiten der Arbeiter:innen und Konsument:innen immer wieder zu Protest, meist bleibt er in dem gesetzlichen Rahmen, der ihm gestattet wurde, aber manchmal explodieren die Konflikte und es kommt zum Aufstand.²

Während aber jedem klar ist, was ein Streik ist, warum er stattfindet und wer ihn organisiert, ist all das beim Aufstand unklar. Bürgerliche und auch einige Linke sprechen von gesetzlosen Rowdys, Bilder von brennenden Gebäuden überlagern die theoretische Auseinandersetzung über die Ursachen. Der Artikel will genau der Anatomie des Aufstands nahekommen, ist er

neben dem Streik doch eine der relevantesten kollektiven Kampfformen – und ebenso wie ihm *kann* dem Aufstand auch der Keim der gesellschaftlichen Umwälzung innewohnen.³ Dabei soll es zu keiner Glorifizierung des Aufstandes kommen, es muss nicht unbedingt richtig sein, was passiert, nur weil es gegen Staat und Kapital geht und der Aufständische muss nicht unbedingt Recht haben, nur weil er:sie lohnabhängig ist.

I. Krieg, Revolution, Krise

Die Ursprünge des Aufstands in Hamburg 1919 lagen nicht nur an dem unmittelbaren Lebensmittelskandal, sondern in dem gesellschaftlichen Gefüge, dass die klassischen politischen Zusammenhänge der Arbeiterbewegung durch Vertretung von einer Partei und den Gewerkschaften erodierte, und die ökonomischen Bedingungen in der Stadt Hamburg krisenartig zuspitzten. Beides liegt eng zusammen mit dem Ersten Weltkrieg, der nicht nur das Ende der Herrschaftsordnung des 19. Jahrhundert bedeutete, sondern in dem auch Millionen Menschen Hunger litten, vertrieben wurden oder den Tod fanden. Die westeuropäische Arbeiterbewegung war vorher geprägt von einer (meist als sozialdemokratisch bezeichneten) Partei als ihren politischen Arm und den Gewerkschaften als ihre Vertretung auf dem Arbeitsmarkt.⁴ Beide Institutionen büßten ihren Alleinvertretungsanspruch ein. Denn berühmt-berüchtigt vergaß die europäische Sozialdemokratie ihre internationale Solidarität und unterstützte den Krieg im nationalen Eifer, endlich ihre Loyalität für ihr Vaterland beweisen zu können.⁵ In Deutschland hieß das nicht nur die Zustimmung für die Kriegskredite, sondern auch konkrete gewerkschaftliche Arbeit. Dem Staat wurde bald klar, dass der Krieg nicht durch Überlegenheit im Militär, sondern nur durch Überlegenheit in der Produktion zu gewinnen war – wer konnte länger durchhalten, mehr Waffen, mehr Lebensmittel produzieren bevor die Wirtschaft zusammenbrach und weder Armee noch die »Heimatfront« versorgt werden konnte?⁶ Dazu brauchte der Staat die Unterstützung der Arbeiter und ihre Gewerkschaften boten sich eifertig an gegen sozialstaatliche Reformen die Arbeiterschaft auf Linie zu halten und Streiks zu unterbinden. Die Organisationen, die darauf zielten, die Interessen der Arbeiter zu bündeln und gegenüber dem Kapital zu vertreten, boten sich als Dienerinnen von Vaterland und Kapital an. Ähnlich versagte auch die SPD, den politischen Widerstand gegen einen imperialistischen Krieg zu bündeln. Die lang ersehnte Integration der Arbeiter:innenorganisationen in den Staat sorgte für die Isolierung von Teilen ihrer Anhänger:innen. Die klassische

institutionelle Vertretung der Arbeiter:innenbewegung löste sich durch die Integration von Gewerkschaft und Partei auf, stattdessen entwickelten die Arbeiter:innen neue Zusammenhänge, informelle Bezugsgruppen und nach der Revolution neue Parteien und Organisationen. Als Konsequenz entstanden bereits während des Ersten Weltkriegs die ersten eigenständigen Zusammenhänge, die an den Gewerkschaften vorbei ihre Interessen durchzusetzen versuchten. Misstrauen gegenüber Staat und den etablierten Organisationen trieb die Arbeiter:innen in Hamburg eben dazu ihre eigenen neuen Verbindungen zu entwickeln, die nicht nur auf der Straße und in der Fabrik zusammentraten, um zu diskutieren, sondern auch konkrete Forderung für die Arbeits- und Lebensbedingungen aufzustellen.⁷ Denn gleichzeitig wurde die Lebensmittelversorgung in Deutschland immer dramatischer, seit dem Kriegsbeginn 1914 blockierten englische Schiffe die Häfen, weswegen Deutschland keine Nahrungsmittel importieren konnte, sondern vollständig auf seine eigene Landwirtschaft angewiesen war. Das Angebot verknappte sich, die Preise stiegen, die Rationen wurden über die Jahre immer kleiner – während der Schwarzmarkt florierte. Der Mangel an Essen war vor allem in Hamburg und noch mehr in den dortigen proletarischen Vierteln ein Problem, normalerweise angewiesen auf den Lebensmittelimport musste die Bevölkerung nun neue Wege finden (illegal) die eigene Versorgung zu organisieren.⁸

Die desolante Versorgungslage, die langen Kriegsjahre und der politische Autoritarismus sind einige Gründe, warum die Situation für die herrschende Schicht nicht mehr haltbar war und der Staat im November 1918 politisch zusammenbrach. Als direkte Folge der Novemberrevolution fand sich neben den Arbeiter- und Soldatenräten auch die SPD in den Kontrollpositionen der Macht wieder (auch aus Ermangelung anderer politischer Arbeiter:innenorganisationen, die USPD existierte zwar schon, aber relativ neu und vergleichsweise klein). Partei und Gewerkschaften blieben sich politisch treu und nutzten ihre gewonnene Staatsmacht, um Kapital, Staat und Militär aufrechtzuerhalten und revolutionäre Hitzköpfe blutig niederzuschlagen – schließlich war die Annahme ersterer, dass man ja vom Bürgertum anerkannt werden müsse, um scheinbar vernünftige Politik im Sinne der Arbeiter:innen endlich praktizieren zu können.

In Hamburg verlief die Revolution 1918 noch vergleichsweise friedlich, selbst der Senat wurde nicht abgesetzt, sondern regierte neben dem Arbeiter- und Soldatenrat weiter. Die Spannungen nahmen erst 1919 stärker zu. Der Staat und sein Gewaltmonopol waren eher ein fragiles Konstrukt mit vielen ungeklärten Machtfragen – eine effektive Polizei, die unter seiner Kontrolle stand, gab

es nicht, das Militär war in großen Teilen versprengt, seine Soldaten waren mit den staatlichen Waffen nach Hause gegangen. Die staatliche Autorität wurde von vielen Seiten hinterfragt – aus dieser Lage heraus versuchten staatliche Akteur:innen sich zu legitimieren und ihre Macht zu festigen. Die Priorität war vor allem die Verbesserung der Versorgungslage, die Entwaffnung der Arbeiter:innen und die Ermordung jener, die die Selbstorganisation in Räten nicht so schnell abgeben wollten. Die ökonomische Situation hatte sich mit dem Kriegsende nicht verbessert – die Hungersnot herrschte nach wie vor, die Arbeitslosigkeit war hoch, das Misstrauen in den Staat blieb, verbunden mit der Erfahrung an den November 1918 und seine Räte, dass der Staat als Kontrollorgan vielleicht gar nicht so notwendig war. Dementsprechend kam es immer wieder zu Protesten und kollektiven Aktionen, bei denen Arbeiter:innen mit Waffengewalt sich die ihnen unzugänglichen Lebensmittel sicherten oder etwa durch die Besetzung des Rathauses die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung einforderten. Die Situation im Jahr 1919 war also von einer anhaltenden wirtschaftlichen Krise, einem schwachen Staat und protestwilligen Arbeiter:innen geprägt – die Grundlage für den Aufstand, der im Juni 1919 in Hamburg explodieren würde.⁹ In einer Stadt, in der Lebensmittel kaum und Fleisch fast gar nicht zu erhalten war, wurde das Angebot von billigen Ersatzprodukten dankbar angenommen. Die kaum regulierte Branche hatte unterschiedliche Unternehmer angezogen, so auch Jacob Heil, der mit verdorbenen Fellen, die zu Sülze umgewandelt wurden, auf Profit hoffte. Der Plan ging auf, bis im Juni 1919 ein Fass vor der Fabrik zerbrach und die stinkende Masse auf die Straße quoll. Misstrauische, betriebsfremde Arbeiter:innen brachen in die Fabrik ein und sahen ihren Verdacht bestätigt: Es wurden tatsächlich vergammelte Tierprodukte verwendet, um sie als »günstige Nahrung« an die Arbeiter:innen zu verkaufen. Der Vorfall heizte die gärende Krisensituation der letzten Monate auf. Es versammelten sich Menschenmengen auf dem Rathausplatz und erzürnte Arbeiter:innen griffen zur Selbstjustiz: Der Fabrikbesitzer wurde zum Platz mitgenommen und in die Elbe geworfen (woraufhin ihn die Polizei rausholte und ins Rathaus brachte, um ihn vor weiteren körperlichen Meinungsbekundungen der Arbeiter:innen zu schützen).¹⁰

II. Die Revolte und die Spontanität der Arbeiterklasse

Die ökonomischen Konflikte geben letztendlich die Form des kollektiven Konfliktes vor, dementsprechend macht es nur Sinn, dass die ökonomische Krise und der Mangel an Konsumtionsmittel der vergangenen Jahre eben die Grundlage aufbaute, aus dem dann der Aufstand hervorbrechen sollte. Laut Clover ist ein Aufstand eine Grenzüberschreitung, ein Übertritt aus dem rechtlich-gesellschaftlich normierten Rahmen der Konfliktaustragung. Während der Klassenkampf allgegenwärtig ist und der Konflikt unterschiedlicher Interessen in einer choreographierten Auseinandersetzung erwartet und integriert wird, bricht der Aufstand daraus aus.¹¹ Er entsteht aus dem Moment der Verzweiflung heraus, von Subjekten, die sonst nicht gehört werden, die desillusioniert in der Choreografie der Normalität kein Ticket aus ihrem Elend sehen können. Nicht selten führen die ökonomischen und sozialen Entwicklungen, die aus einer Krise heraus entstehen zu diesen Momenten der Ungewissheiten und Verzweiflung, meistens ausgehend von Bevölkerungsschichten, die wirtschaftlich als »überflüssig« angesehen werden – keine Chance auf Lohnarbeit, Ausbildung oder irgendeiner Chance aus dem prekären Leben zu entkommen. Das sind die ersten Menschen, die von den Folgen der Krise getroffen werden. Wie der Streik ist der Aufstand eine kollektive Kampfform jener, die nicht genügend Eigentum besitzen, um sich ohne Sorge täglich neu selbst versorgen zu können und deswegen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen.

Nach Clover liegt der Auslöser des Aufstands aber in der Reproduktionssphäre – es geht also nicht wie bei einem Streik um Lohnerhöhung oder bessere Arbeitsbedingungen, sondern um die Unzugänglichkeit zu den notwendigen Mitteln zum Überleben. Von den ersten Aufständen vor dem Kapitalismus bis zu den Unruhen heute, findet sich der Aufstand als kollektive Strategie gegen den Ausschluss von Reproduktionsmitteln wieder. Dabei, so Clover, sind die Teilnehmer:innen an den Aufständen nicht zwangsläufig die klassischen Lohnarbeiter:innen, sondern einfach all jene die von dem (lebensnotwendigen) Konsum ausgeschlossen und ins prekäre (Über)leben gedrängt werden. Die ausgeschlossenen Subjekte setzen den Aufstand dann dem Ausschluss von der Marktwirtschaft entgegen. Das muss weitergefasst werden als bloße Plünderungen, sondern schließt die Rückeroberung des öffentlichen Raumes mit ein. Hinter dem Ausdruck der Gewalt, der Opposition gegen die Unterdrückung findet sich eine weitere, bedeutendere Schicht: Der Aufstand wird sowohl das Ziel wie auch sein eigener Zweck. In dieser Auseinandersetzung werden die Beziehungen, die zur Reproduktion notwendig sind

von den Aufständischen selbst neu geschaffen, in dem sie *versuchen*, ihre Lebensgestaltung abseits vom Staat und Eigentum selbst in die Hand zu nehmen und diese militant zu verteidigen.¹² Jedoch findet die Neuschaffung gesellschaftlicher Beziehung immer spätestens die zeitlichen und räumlichen Grenzen des Aufstands, sobald dieser befriedigt oder zerschlagen wird, gehen auch diese neuen Organisationsformen mit ihm unter.¹³

All die Elemente finden sich dann auch bei der Konstellation im Juni 1919 bei den Sülzeunruhen in Hamburg wieder. Geplagt von einer jahrelangen Krise durch den Ersten Weltkrieg, nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch, hungerten die Arbeiter:innen, während sie beobachteten, dass besser betuchte Bürger:innen auf dem Schwarzmarkt ihren Lebensmittelbedarf decken konnten. Daran gewöhnt, dass keine Organisation und kein Staat sie repräsentierte ohne, dass auf diese Druck ausgeübt wurden, sammelten sie sich vor dem Rathaus, um ihren Ärger zu manifestieren.¹⁴ Die Kritik schlug um von der Wut über den Lebensmittelskandal einzelner Unternehmer – allen voran Heil – in eine Wut gegen den Staat, der scheinbar nicht gewillt oder in der Lage war, die Versorgung der Arbeiter:innen zu sichern.

Direkt nach dem Ersten Weltkrieg war der Hafen in Hamburg noch blockiert, die Arbeitslosigkeit dementsprechend noch hoch. Viele hatten damit nicht nur weniger Lohn, um sich um die eigene Reproduktion und die der Familie zu kümmern, sondern auch genügend Zeit, um sich in den Straßen und Kneipen herumzutreiben und dort mit anderen Gruppen in Kontakt zu kommen. Die aufkeimende neue Organisation der Arbeiter:innen während des Ersten Weltkrieges konnte so fortgeführt werden – lose, lokal verbundene Gruppen, die nicht institutionalisiert, sondern auf Vertrauensbasis agierten. In ruhigeren Phasen fungierten diese Gruppen als Plattformen für Diskussionen und Informationsaustausch, aber die immer wieder stattfindenden kollektiven Aktionen wurden sicherlich auch auf der Basis jener Bezüge heraus initiiert und durchgeführt: dazu gehörten immer wieder bewaffnete Überfälle zur Nahrungsbeschaffung, Entwaffnung von Militär und Polizei, Angriff staatlicher Gebäude oder den militanten Arbeitslosenprotesten um Ostern desselben Jahres.

Die Hamburger Regierung setzte jedoch diesmal als Reaktion auf die wütende Masse, die sie auch nach acht Monaten Revolution nicht wieder ins genormte bürgerliche Leben überführen konnte, auf staatliche Gewalt. Sie ließ mangels Vertrauens in die eigene Polizei den bürgerlichen Freikorps der Bahrenfelder auffahren, um das Rathaus vor einer Stürmung zu schützen. Das ist der Moment, in dem der Protest in den Aufstand umschlug, denn die Bahrenfelder eröffneten das Feuer.

Als Reaktion antworteten Arbeiter:innen in der Menge ebenfalls mit Beschuss und zündeten die Autos der Soldaten auf Zeit an. Die Protestierenden legten Feuer in der Börse, bauten Barrikaden am Rödingsmarkt. Als Reaktion antworteten Arbeiter:innen in der Menge ebenfalls mit Beschuss und zündeten die Autos der Soldaten auf Zeit an. Die Protestierenden legten Feuer in der Börse, bauten Barrikaden am Rödingsmarkt.

Man drang in das Strafjustizgebäude ein und zerstörte Akten, um die politische Verfolgung von Aufständischen zu verhindern. Ebenso wurden Polizeiwachen gestürmt, um Waffen zu beschaffen und politische Gefangene zu befreien. Waffenbeschaffungen und Plünderungen fanden sich die folgenden Tage immer wieder, aber ebenso wurden spontan Komitees gebildet, um das gesellschaftliche Leben neu zu strukturieren. Die Mitglieder der Komitees machten deutlich: Sie waren keine Parteienbewegung, beriefen sich weder auf die SPD noch die KPD, sondern vertraten ausschließlich die Interessen der Arbeiter:innen in ihrem Viertel. Es waren Strukturen, die durch die Debattierclubs und der Selbstorganisation während des Ersten Weltkriegs geschaffen worden waren.

Die Arbeiter:innenparteien von SPD bis KPD waren auch dankbar, dass sie nicht Teil der Bewegung sein sollten, verurteilten sie doch den Aufstand und riefen schon am nächsten Tag die Arbeiter:innen auf, zur Ruhe zu kommen und die Waffen abzugeben, damit diese an vertrauenswürdige Arbeiter:innen verteilt werden konnten – sprich: Parteimitglieder. Die SPD fürchtete den Verlust der bürgerlichen Ordnung, die KPD sah in den Aufständischen »zweifelhafte Elemente«, die dem Ruf des Arbeiters und damit dem Klassenkampf schaden würden.

Als Reaktion antworteten Arbeiter:innen in der Menge ebenfalls mit Beschuss und zündeten die Autos der Soldaten auf Zeit an. Die Protestierenden legten Feuer in der Börse, bauten Barrikaden am Rödingsmarkt.

Exkurs: Der Aufstand des »richtigen« Proletariats? Kritik am Parteikommunismus

Die Beweggründe der KPD sind jene, die im Jahr später durch Lenins Schrift »Linksradikalismus – die Kinderkrankheit des Kommunismus« formalisiert werden sollten und parteikommunistische Arbeit jahrzehntelang prägen würde. Lenin plädierte für eine Taktik in bürgerlichen Demokratien, die das eben leider noch nicht revolutionäre Proletariat nicht abschrecken würde. Man sollte in die dem Proletariat vertrauten Institutionen wie Parlamente und Gewerkschaften gehen, um diese durch Agitation als »bürgerlich« oder »verräterisch« zu demaskieren. Die Hoffnung war, den bürgerlichen Charakter des Parlamentes durch die bloße Anwesenheit kommunistischer Abgeordneter aufzulegen zu lassen.

Auch die Hoffnung, den Arbeiter:innen den Verrat der Gewerkschaften vorzuführen, scheitert bereits an der falschen Analyse. Das Handeln der Gewerkschaften entstammt nicht dem »Verrat« einzelner Führer, sondern dem Erfüllen ihrer spezifischen gesellschaftlichen Funktion, die sie ausführen und damit den Klassenkampf systemkonform integrierten. Gewerkschaften binden das Interesse des Arbeiters an das Überleben der Firma, eine Zweckgemeinschaft zwischen Unternehmer:innen und Arbeiter:innen entsteht.¹⁵ Wenn eine Gewerkschaft sich auf diese ideologische Grundlage stellt, kann ein konfrontativer, heißt revolutionärer, Klassenkampf nicht mehr geführt werden (muss er auch nicht mehr).

Die Arbeiterklasse wird verstanden als ungebildeter, unterwürfiger Block, der nach dem Erhören der richtigen Argumente der Partei schon folgen wird. Die Eigeninitiative der Arbeiter:innen, ihre Fähigkeit zur Subversion wird nicht anerkannt – auch hier muss natürlich eingeklammert werden, dass die Arbeiterin nicht automatisch subversiv und revolutionär wird, weil sie Arbeiterin ist. Die Partei löst das Problem, in dem sie die Arbeiter:innenklasse als unmündig erklärt und sich selbst als führendes Monopol deklariert. Die Beziehung zwischen Partei-Arbeiterklasse vergisst: »Die Befreiung der Arbeiterklasse muß die Tat der Arbeiter selbst sein«.

Die Partei kann dabei keine führende Rolle ausüben, sie würde sich als bürokratische Institution immer wieder von der Klasse als Bewegung abstrahieren und eine abstrakte Führungsrolle einnehmen, die entweder zur Systemintegration führt (wie die kommunistischen Parteien in Italien oder Frankreich) oder sich außer Stande findet, eine sozialistische Gesellschaft einzurichten (wie die Bolschewiken oder Mao und seine Parteigenossen). Die Revolution muss durch die Selbst-Organisation der Arbeiter:innen kommen.

Zusammengefasst lassen der Führungsanspruch, die notwendige Bürokratisierung, der Erziehungsgedanke am unmündigen, verbürgerlichten Proletariat die Partei nichts am Aufstand finden, der all dem sorgfältig taktisch durchdachten, in bürgerliche Demokratien integrierenden Ansatz des Parteigedankens widerstrebt. Die Aufständischen waren und sind zu ungehorsam, zu spontan.

Eine Partizipation im Parlament schlägt unweigerlich fehl, da diese bereits effektive bürgerliche Integrationsmaschinen geworden sind. Sie können nicht »benutzt werden« um für den Kommunismus zu agitieren, stattdessen bindet der Parlamentarismus die Partei und seine Abgeordneten an die demokratischen Spielregeln, bis jeder revolutionäre Impetus verschwunden ist. Um an Wahlen und den Parlamenten teilzunehmen, garantiert die Partei zuerst ihre Verbundenheit zur Verfassung, dem Schutz der staatlichen Ordnung, dem Schutz des Privateigentums – jede politische Handlung bleibt beschränkt in der Affirmation der kapitalistischen Ordnung oder die Partei riskiert ihr Verbot. Nach und nach wächst eine Abhängigkeit von der parlamentarischen Arbeit im Glauben und damit die Abhängigkeit, keine revolutionäre Politik zu betreiben.¹⁶

Die Partei konnte nicht die Avantgarde sein und überlies dann die Sache lieber »den Anarchist:innen«. Die theoretische und praktische Auseinandersetzung unterblieb. Ein Phänomen, dass sich in den Jahrzehnten der kommunistischen Parteien in den Parlamenten immer wieder vollzog und sie auch schließlich irrelevant für eine Neue Linke werden ließ.

Die Arbeiterklasse wird verstanden als ungebildeter, unterwürfiger Block, der nach dem Erhören der richtigen Argumente der Partei schon folgen wird.



III. Die blutige Ordnung der bürgerlichen Demokratie

Nicht nur die Hamburger Regierung war alarmiert von den Unruhen in ihrer Stadt, nach den Rätebewegungen in München, Bremen und Berlin fürchtete auch die deutsche Regierung eine weitere revolutionäre Bewegung in der nächsten Großstadt. Nachdem die Hamburger Regierung es nicht schaffte, die Situation schnell zu beruhigen, entsandte sie die Armee unter Führung des Generals Lettow-Vorbeck in die Stadt. Mit Minen und Maschinengewehr rückten 10.000 Mann eine Woche nach Beginn des Aufstandes in die Stadt ein und sicherten strategische Ziele. Jede verdächtige Person (also Arbeiter:innen) wurde erschossen. Das Ziel der Reichswehr war die Sicherung des staatlichen Gewaltmonopols und Beendigung des Aufstandes um jeden Preis.

Die Grenze des Aufstandes wird gekennzeichnet durch das Durchgreifen des Staates – vor allem die modernen Aufständischen sind seine konkreten Antagonist:innen, die sein Gewaltmonopol in Frage stellt. Der Staat, der durch seine Existenz verspricht, den Klassenkampf im Sinne der besitzenden Klasse, der Bourgeoisie, zu formalisieren, muss den Schutz des Eigentums garantieren. Er muss die bürgerliche Ordnung wahren und die Akkumulation des Profites sichern. Auch die parlamentarische Demokratie setzt das Interesse von Staat und seinem Kapital mit blutiger Gewalt durch.

Ein Aufstand, der auf der einen Seite hin das ökonomische Privateigentum zerstört und auf der anderen Seite hin neue nicht-staatliche gesellschaftliche Beziehungen keimen lässt, kann in dieser Logik nicht akzeptiert werden. Darin liegen auch seine Grenzen, verbleibt er in der Sphäre der Zirkulation, ohne die Produktionsmittel zu übernehmen, wird er nicht in der Lage sein, sich weiterzuentwickeln und dem Staat eine neue Gesellschaftsform jenseits des Eigentums entgegenzusetzen. Abseits von seiner Unfähigkeit sich langfristig militärisch zu verteidigen wird ein Aufstand so über kurz oder lang in sich zusammenfallen. Genau das Schicksal erwartete die Sülzeunruhen in Hamburg. Die Stadt wurde von der Reichswehr eingenommen und jede weitere Entwicklung erstickt. Die Armee setzte die Entwaffnung der aufrührerischen Hamburger Arbeiter:innen endlich durch, nachdem die führenden Arbeiter:innenorganisationen es acht Monate vergeblich versucht hatten. Es starben 80 Menschen und hunderte wurden vom Kriegsgericht verurteilt. Lettow-Vorbeck baute die wankelmütige Polizei neu auf. Sie wurde von seinem Personal übernommen und paramilitärisch neu aufgestellt, um für neue Aufstände bereit zu sein. Es kam zwar noch das Jahr darauf immer wieder zu Unruhen,

aber Waffen wurden kaum noch eingesetzt. Bis zum Jahr 1923 waren die Tumulte zunehmend parteipolitisch geprägt und nach dieser Zeit nahmen wie im Rest von Deutschland die Aufstände ab. Die losen Bezüge, die während des Ersten Weltkrieges entstanden waren und auf denen die Selbst-Organisation der Arbeiter:innen beruhte, verschwanden. Jede bürgerliche Ordnung ist auf den Ruinen vergangener Emanzipationsversuche und den Leichen ihrer Kämpfer:innen gebaut.

Im Keim des Aufstands, dass er so spontan und unorganisiert entstehen kann und sich dann mit einer Wucht entlädt, liegt auch sein Niedergang, wodurch er von den staatlichen Sicherheitskräften unterworfen werden kann. Diese Spontanität und Ungebundenheit an eine Arbeiter:innenorganisation lässt ihn unpolitisch erscheinen, aber das Gegenteil ist der Fall. Und solange die Frage nach dem Zugang zur Befriedigung der Bedürfnisse nicht geklärt ist, werden die Aufstände nicht aussterben.



Jede bürgerliche Ordnung ist auf den Ruinen vergangener Emanzipationsversuche und den Leichen ihrer Kämpfer:innen gebaut.



- 1 Dabei gibt es immer Spielräume nach unten oder oben, aber im Allgemeinen sind die Individuen in dem gesellschaftlichen Verhältnis gefangen, dass ihnen die Marktwirtschaft vorgibt. Ihre Interessen ihrer sozialen Rollen werden ihnen von der Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft vorgegeben, die sie freiwillig oder unfreiwillig mit ihrem Handeln immer wieder bestätigen. Mehr zu dem grundlegenden Funktionieren des Wirtschaftssystems werden erklärt in Marx, »Lohnarbeit und Kapital« oder Marx, »Lohn Preis Profit«.
- 2 Die gesetzlichen Vorgaben, die Streik, Demonstrationen und Gewerkschaften erlauben, sind dabei vom Staat nicht nur misstrauisch beäugt: Die Arbeiter:innen nehmen die Angebote dankend an, um ihre Interessen gegenüber den Unternehmer:innen zu artikulieren, es kommt zu einem »fairen« Austausch von Interessen, der dann die Arbeiter:innen dankenswerterweise ins System integriert und ihm jeden Gedanken an Revolution nimmt.
- 3 Dabei verdankt der Artikel der Arbeit von Joshua Clover viel, der mit seinem Buch »Riot. Strike. Riot« die ökonomische Grundlage des Aufstandes untersuchte und versucht, eine Theorie des Riots zu entwickeln. Im Gegensatz zum Buch werden die Begriffe »Riot« und »Aufstand« in diesem Artikel synonym verwendet, da sich die Merkmale nahezu decken und der beschriebene Vorfall hier tatsächlich sowohl als Unruhe als auch als Aufstand in die Geschichte eingegangen ist.
- 4 Natürlich gab es schon vorher Gewerkschaften und Organisationen, die sich von den sozialdemokratischen Parteien und ihrem Gewerkschaftsbund absetzten, sie blieben aber in der Minderheit und wurden politisch an den Rand gedrängt.
- 5 Das ist keine Entscheidung, die von schlechten Führern der Arbeiter:innenbewegung getroffen wurden, sondern letztendlich die einzige logische Konsequenz des politischen Handelns der SPD seit ihrer Gründung. Ihr Versuch war immer geprägt davon, die Arbeiter:innen in der bürgerlichen Politik als Partner:in auf Augenhöhe zu etablieren. In der gegenseitigen Anerkennung sollte die Verständigung liegen, als wäre der Kapitalismus, die Ausbeutung und all ihre Konsequenzen nur ein Missverständnis gewesen. Stattdessen bedeutete diese Politik des »endlich anerkannt werden« die Unterwerfung unter den grundlegenden Prinzipien des Kapitals – Befreiung der Arbeiter:innen war damit nicht zu leisten.
- 6 Bekannterweise verlor das zaristische Russland diesen Wettkampf als erstes, als im Jahr 1917 die Situation nicht mehr haltbar war. Das agrarische Land konnte mit der Produktionsmacht der Industriestaaten nicht mithalten. Bevor es jedoch zu einer militärischen Niederlage kam, hatten die Arbeiter und Bauern genug und stürzten das Regime, was zur ersten sozialistischen Revolution überhaupt führte.
- 7 Das Phänomen ist dem Autor in Hamburg bekannt, aber es ist davon auszugehen und wäre nur logisch, wenn es zu ähnlichen Entwicklungen in den verschiedensten proletarischen Vierteln in Europa gekommen wäre.
- 8 Natürlich gab es zugewiesene Lebensmittelkarten, Suppenküchen und ähnliche Eingriffe des Staates in den Lebensmittelmarkt, was aber völlig ineffektiv gegenüber dem Schwarzmarkt oder der anhaltenden Mangelversorgung blieb.
- 9 Dass diese drei Elemente gleichzeitig auftraten war auch weniger Zufall, sondern miteinander zusammenhängend. Häufig treten Krise und Aufstand Hand in Hand auf.
- 10 Diese Angriffe richteten sich auch gegen die Arbeiter:innen in der Sülzefabrik, die als ebenso schuldig angesehen wurden, die Schimmel-Sülze nicht auffliegen zu lassen.
- 11 Sonst gibt es Tarifverhandlung, ein paar Tage Streik, die auch vorher angekündigt werden, damit die Unternehmer den Streik logistisch einplanen können (man will ja seinen Arbeitsplatz nicht verlieren) oder es sind friedliche Demonstrationen und Petitionen, bei denen Politiker:innen und Unternehmer:innen zugleich versichern, dass das ja alles wichtig sei und die Forderungen »mitgenommen« werden.
- 12 Clover dazu in einem Interview mit Dennis Büscher-Ulrich und Marion Lieber (2020): »I think there is a struggle to preserve the possibility of communal life and emancipation and flourishing, and this struggle has two faces. Care and militancy. It must be capable of its own reproduction, be a site of mutual care; and it must be capable of breaking the procedures of capital. These are not opposed, they are the same struggle, and that unity is the real movement.«
- 13 Jedoch ist nur der Widerstand gegen die ökonomische Unterdrückung keine Garantie für den emanzipatorischen Gehalt. In jedem Aufstand können sich genauso gut reaktionäre Ideologien verbergen, die der Unterdrückung durch Staat und Kapital nationalistische, rassistische und patriarchale Ideologien entgegensetzen wollen. Nur weil gegen Staat und Kapital gekämpft wird, muss eine radikale Linke sich nicht automatisch in Solidarität dazustellen, sondern kritisch analysieren, ob die Bewegung emanzipatorisches oder reaktionäres Gehalt hat. Die Frage nach reaktionären Aufständen wird hier aber ausgeklammert.
- 14 Dabei ist natürlich die Frage, ob die intuitive Handlung sich vor dem Rathausmarkt zu sammeln, aus der Motivation herauskam, an die Mächtigen zu appellieren oder weil vielmehr Märkte in der Innenstadt einen großflächigen Versammlungsraum boten, zu denen möglichst viele möglichst schnell herbeieilen konnten beziehungsweise sich bereits dort zur Erledigung von Einkäufen regelmäßig befanden. Vermutlich auch erstes, denn die gewohnte Treue zur Sozialdemokratie hatte bisher noch keinen großen Abbruch gefunden.
- 15 Die nicht nur ideologischer, sondern innerhalb des Systems ja auch echt materieller Natur ist. Geht die Firma pleite, steht der Arbeiter dumm da. Dabei verkennt aber dieser Kampf, dass nicht die schlechte Lohnarbeit, sondern die Lohnarbeit an sich das Problem ist.
- 16 In Deutschland ist dieser anti-revolutionäre Impuls besonders stark aufgetreten mit dem präventiven Verbot der KPD, andere KPs konnten in anderen Ländern noch von der Revolution reden, freilich nur in Sonntagsreden, bis sie diese Phrasen wie in Frankreich freiwillig aus ihrem Programm strichen. Johannes Agnoli hat dazu verschiedenes geschrieben, etwa »Transformation der Demokratie« oder »Der Staat des Kapitals«.

Frederike Engelhardt

Warum schwarze Haut kein gutes Argument ist

Eine Kritik an dem moralischen
Argument der Betroffenheit
und dem Standpunkt
gesellschaftlicher Ideale am
Beispiel des Antirassismus



Nach dem Tod George Floyds im Mai 2020 wurde das Thema Rassismus (erneut, aber nicht neu) besprochen. Insbesondere in den sozialen Medien erfrischt der Hashtag #blacklivesmatter, der Name einer Solidaritätsbewegung, welche sich 2013 nach dem Freispruch des Polizisten im Todesfall von Trayvon Martin gründete. Diese Solidaritätsbewegung, welche sich für PoC einsetzt, hat diverse Begriffe populär gemacht: Als Nicht-Betroffene erfahren weiße Menschen demnach das »White Privilege« – also das Privileg, aufgrund ihrer Hautfarbe rassistischem Hass zu entgehen. Da man sich jedoch einig ist, dass auch kein Weißer für seine Hautfarbe, und deshalb für dieses Privileg, etwas kann, sollen Weiße sich eben um »Allyship« bemühen i. e. Weiße sollen sich *in korrekter Weise* für die Anliegen von Schwarzen einsetzen. Wie das auszusehen hat, da sind sich die meisten Antirassisten einig, soll von den Schwarzen selbst vorgegeben werden.

»Dear white people: It's time to shut up and listen« – Mehrere Artikel und dutzende Social Media-Posts erhielten im letzten Jahr diese Überschrift. In ihnen findet man verschiedene Gründe, warum in der Rassismusfrage die Weißen den Mund halten und den Schwarzen zugehört werden soll: Weil man als Weißer, und demnach Nicht-Betroffener, eben nicht der Anführer dieses sozialen Kampfes sei,¹ oder weil echte Heilung erst dann passieren könne, wenn die Weißen den Schwarzen endlich zuhören.²

Damit hat man dann auch den Kern des Arguments: Nach dem Verständnis dieser Antirassisten besteht die Lizenz, die einer braucht, um korrekte Aussagen über Rassismus und dessen Bekämpfung zu fällen, in der Betroffenheit. Nur jemand, der von Rassismus betroffen ist, kann und darf etwas darüber verlieren. Fast so, als sei die Erfahrung, rassistisch beleidigt zu werden, ein Erleuchtungsmoment, welches einem exklusiv die richtige Kritik an Rassismus offenbart. So weit, so schlecht. Denn was das Betroffenheitsargument hier leistet, ist die Reduktion der Kritik am Rassismus auf ihr Motiv. Als bestünde die Kritik am Rassismus bloß darin, dass jemand betroffen ist.³

Mittels Vortragen des unmittelbar Kritikablen: »Ich bin Opfer rassistischer Gewalt«, wird tatsächlich nichts weiter geleistet, als sich Mitgefühl von Anderen zu erheischen und dadurch eine Veränderung des Missstands zu erhoffen. Begegnen tut einem dieses Phänomen in allen Ecken des bürgerlichen Lebens: In Büchern, in Talkshows, in Zeitungen, auf antirassistischen Demonstrationsveranstaltungen – überall treten Betroffene von Rassismus oder deren Stellvertreter vor, erzählen ihre Geschichte und möchten somit »Awareness« schaffen. Heißt: Der antirassistische Diskurs hierzulande existiert primär als der Appell an die werten Mitbürger, sich über den Umstand des Rassismus doch bitte mal bewusst zu werden. Solche Art von Kritik spart sich dessen Durchführung gänzlich und existiert nur in der Adressierung an das Mitgefühl anderer.

Nur jemand, der von Rassismus betroffen ist, kann und darf etwas darüber verlieren. Fast so, als sei die Erfahrung, rassistisch beleidigt zu werden, ein Erleuchtungsmoment, welches einem exklusiv die richtige Kritik an Rassismus offenbart.

Nun bedarf es zu einer erfolgreichen »Awareness«-Generierung aber noch einen willigen Empfänger. Weil es daran teilweise scheitert (bei Rassisten beispielsweise), oder weil ein sachlicher Ansatz der Anspruch ist, berufen sich manche antirassistische Aktivisten auf eine andere Methode, für ihr Anliegen einzutreten. Der Standpunkt der persönlichen Betroffenheit wird hierzu verlassen, und ein noch fatalerer eingenommen. Denn anstatt sich tatsächlich mal den Gegenstand der Kritik, Rassismus, vorzunehmen, wird nun dafür argumentiert, dass das eigene Leid doch die ganze Gesellschaft etwas angeht, weil es ein Beispiel für die Schlechtbehandlung einer gesellschaftlichen Gruppe darstellt. Und das kann doch keiner wollen. Demnach tritt der Klagende hier zwar insoweit von seinem unmittelbaren Gefühl zurück, als dass er den Fokus nicht mehr auf sein persönliches Leiden legt, dieses jedoch im gleichen Atemzug zu einem Beispiel eines gesellschaftlichen Missstands erklärt.

Woran sich Antirassisten jetzt bloß noch abmühen, ist der verzweifelte Versuch zu beweisen, dass das eigene Interesse, frei von rassistischer Gewalt zu leben, ein berechtigtes sei. »Als Mitglied der Black Community« argumentieren diese Kritiker im Namen eines wichtigen Bestandteils dieser Gesellschaft und als diese verlangen sie Respekt, Anerkennung, Wiedergutmachung. Dass dieser Respekt überhaupt eingeklagt werden muss, wird als *der maßgebliche gesellschaftliche Missstand* erklärt, welcher korrigiert werden müsse, um Rassismus korrekt zu begegnen. Rassismus und dessen Vorkommen werden demnach als Vergehen an den Idealen, nach denen sich diese Gesellschaft doch zu richten hätte, gedeutet. Denn da sind sich »die Antifa« und der Staat sogar einig: Rassismus gehört nicht zu unserer Gesellschaft. Zumindest idealerweise.⁴

Dieser antirassistische Standpunkt, welcher seit dem Holocaust maßgeblich das Nationalverständnis der Deutschen prägt, ist ein Beispiel des Standpunkts des gesellschaftlichen Ideals der Gemeinschaft. Eine Idealisierung der Gesellschaft deswegen, weil verkannt wird, dass dieser Gesellschaft Widersprüche innewohnen, die kein »Wir« zulassen. Auf einer Wandertour, die Freunde gemeinsam unternehmen, kann man von einer Gemeinschaft mit einem gemeinsamen Interesse sprechen. Unsere Gesellschaft sieht da anders aus. Tagtäglich gehen hier Interessen gegeneinander: Die einen wollen billige Angestellte, die anderen einen gut bezahlten Job. Die einen wollen günstigen Wohnraum, die anderen den bestmöglichen Lebensunterhalt mit dem Vermieten ihrer Eigentumswohnungen verdienen. Es gibt Lohnabhängige, Beamte, Arbeitslose und Geschäftsführer – ihre Interessen sind nicht nur verschieden, sondern schließen sich

gegenseitig aus. Die Kollektivierung dieser Menschen in ein »Wir« mit einem gemeinsamen Interesse des guten Miteinanders ist eine Idealisierung der Gesellschaft in der wir leben. Dieses Ideal ist deshalb fatal, weil es eine *falsche Vorstellung* dieser Gesellschaft ist, aus der nur falsche Schlussfolgerung gezogen werden können. Wie eben die Vertreter des antirassistischen Standpunkts, die, ausgehend von diesem Ideal der Gemeinschaft, annehmen, dass alles was zur Herstellung dieses harmonischen Miteinanders fehlt, die Herstellung eines Bewusstseins über Rassismus sei.

Wer also das Ziel verfolgt, eine richtige Kritik vorzunehmen, der muss sich dem Gegenstand seiner Kritik widmen. Und das fernab von dem Selbstmitleid der Betroffenheit oder der Empörung über den vermeintlichen Vertragsbruch an gesellschaftlichen Idealen. Wer da etwas vorfindet, dass ihm nicht schmeckt, der muss sich die objektiven Verhältnisse vergegenwärtigen, die diesen Zustand hervorrufen und *diese* prüfen. Am Beispiel des Rassismus bedeutet dies, den bürgerlichen Standpunkt des verletzten Gemeinschaftssinns zu verlassen und sich tatsächlich auf die Suche nach dem Ursprung des Rassismus zu machen.⁵



- 1 <https://3downnation.com/2020/06/02/dear-white-people-its-time-to-shut-up-and-listen/>
- 2 <https://www.news24.com/news24/columnists/melanieverwoerd/melanieverwoerd-sometimes-whites-should-really-just-shut-up-and-listen-20200715>
- 3 Wer sich jetzt denkt: »Naja, wenn es keine von Rassismus Betroffenen gäbe, dann gäbe es ja auch kein Problem?«, der muss sich mal fragen, wie das in einem erfolgreichen Falle einer ethnischen Auslöschung aussähe. Dann wäre da auch niemand mehr übrig, der von Rassismus betroffen sein könnte, die Ideologie des Rassismus bestünde allerdings fort.
- 4 Mehr zu der Kritik an dem antirassistischen Standpunkt kann in dem Artikel 'Anti-gegen 'Rassisten' in der Gegenstandspunkt-Zeitschrift 1-21 nachgelesen werden: <https://de.gegenstandspunkt.com/artikel/anti-gegen-rassisten>
- 5 Wem das tatsächlich ein Anliegen ist, der kann den Artikel »Woher kommt und wie geht Rassismus?« aus der Gegenstandspunkt-Zeitschrift 1-95 zurate ziehen: <https://de.gegenstandspunkt.com/artikel/rassismus>

Es gibt Lohnabhängige, Beamte, Arbeitslose und Geschäftsführer – ihre Interessen sind nicht nur verschieden, sondern schließen sich gegenseitig aus. Die Kollektivierung dieser Menschen in ein »Wir« mit einem gemeinsamen Interesse des guten Miteinanders ist eine Idealisierung der Gesellschaft in der wir leben.

Anzeige

GegenArgumente Hamburg

„Im übrigen fängt Kritik nicht damit an, dass sie an sich die kritische Frage stellt, ob sie weitergeht, praktisch und konstruktiv ist. Sie beginnt damit, dass man sich Rechenschaft ablegt darüber, woher all das kommt, was man als Belästigung und Schaden wahrnimmt. Wer auf das bisschen Ursachenforschung verzichtet, vertut sich womöglich im Engagement, sucht sich Ort, Zeit und Adressat wie Gegner seiner Bemühungen verkehrt aus. Dann vergeht das Leben, und man war fürs Klima demonstrieren, hat sich im Gendern perfektioniert und eine Liste fürs StuPa gewählt, während die Klassengesellschaft funktioniert, dass es kracht.“
nach: Die Klassen (II), MSZ – Gegen die Kosten der Freiheit

In diesem Sinne bieten wir mehrmals im Semester Vorträge und einen regelmäßigen Diskussionstermin.

Alle Infos unter: www.gegenargumente-hamburg.de

Covid-19 in der Volksrepublik China



In diesem Artikel werden die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie in der Volksrepublik China kritisch betrachtet. Es werden die Effektivität einzelner Maßnahmen aus epidemiologischer Sicht beurteilt. Des Weiteren werden die politischen Implikationen der Eindämmungsstrategie dargelegt und einzelne Aspekte des politischen Systems der VRC hervorgehoben.

In China, einem Land mit über 1,4 Mrd. Einwohnern, infizierten sich offiziell 108.891 Personen mit Covid-19, wovon 4849 starben. Verglichen mit anderen Regionen (z. B. Deutschland: 94.622 Tote) sind das bemerkenswert niedrige Zahlen.

Die noch immer anhaltende Covid-19-Pandemie hatte ihren Ursprung mit höchster Wahrscheinlichkeit in der Volksrepublik China (VRC).¹ In der zentralchinesischen Millionenmetropole Wuhan war es, wo die ersten Fälle einer neuartigen Lungenerkrankung, deren Symptome denen der SARS-Erkrankung (ausgelöst durch den SARS-CoV-Erreger) von 2002/03 ähnelten, gemeldet wurden. Und in der Tat ähneln sich die beiden zur Gruppe der Betacoronaviren gehörenden Erreger stark, wobei SARS-CoV-2 noch ansteckender und tödlicher als sein Vorgänger ist. Bei beiden Viren wird davon ausgegangen, dass sie von Wildtieren (wahrscheinlich von Fledermäusen über einen Zwischenwirt) auf den Menschen übertragen wurden, dass sie also zur Gruppe der Zoonosen gehören. So entwickelte sich auch das erste bekannte Infektionscluster rund um einen Freiluft-Markt in Wuhan, auf dem überwiegend lebende Wildtiere verkauft wurden. Wie genau die zoonotische Übertragungskette bei Covid-19 aussieht, ist allerdings noch ungeklärt. In der VRC lag die Sterberate, je nach Intensität des regionalen Ausbruchs, bei 0,7-5,8% der Erkrankten.²

Eine natürliche Immunität war auf Grund der Neuartigkeit des Virus zwar nicht festzustellen, bei der Mehrheit der Erkrankten (ca. 80% in der VRC) kam es jedoch lediglich zu milden bis moderaten Beschwerden. Kinder und Jugendliche infizierten sich ebenfalls, entwickelten in den meisten Fällen aber keine oder nur milde Symptome. Zu den Risikogruppen – also denjenigen Menschengruppen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit schwere bis sehr schwere Symptome entwickeln – zählen den Daten aus China zufolge Menschen über 60 Jahre und Menschen mit Vorerkrankungen wie Hypertonie, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, chronischen Atemwegserkrankungen und Krebs. Die Übertragung von Mensch zu Mensch erfolgte auf kurze Distanz durch Tröpfcheninfektion oder Aerosole. Das führte dazu, dass sich Infektionscluster in der VRC vorwiegend in Nachbarschafts- und Familienumfeldern bildeten und dass sich gerade in der Anfangsphase, in der noch wenig über das neuartige Virus bekannt war, medizinisches Personal bei der Behandlung von Corona-Patient:innen infizierte. Bis heute (Stand: 17.10.2021) gibt es weltweit ca. 240,5 Mio. bestätigte Infektionen mit Covid-19 und knapp 4,9 Mio. bestätigte Todesopfer im Zusammenhang mit einer Corona-Erkrankung. In China, einem Land mit über 1,4 Mrd. Einwohnern, infizierten sich offiziell 108.891 Personen mit Covid-19, wovon 4849 starben.³ Verglichen mit anderen Regionen (z. B. Deutschland: 94.622 Tote) sind das bemerkenswert niedrige Zahlen. Regierungen weltweit wenden bei der Bekämpfung der Pandemie teilweise sehr unterschiedliche Strategien und Maßnahmen an. In diesem Artikel werden die in der VRC angewendeten Maßnahmen dargelegt, es wird die Effektivität einzelner Maßnahmen aus epidemiologischer Sicht evaluiert und es werden ihre politischen Implikationen kritisch betrachtet.

Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie in der VRC

Am 20. Januar 2020 wurde Covid-19 in der VRC von offizieller Seite als neuartige, infektiöse Lungenkrankheit anerkannt. Die ersten Fälle traten allerdings schon im November 2019⁴ auf und als der Wuhaner Augenarzt Li Wenliang am 30. Dezember seine Kolleg:innen darauf aufmerksam machte, wurde er prompt auf das lokale Büro für Öffentliche Sicherheit vorgeladen und gemäßregelt. Er habe Gerüchte und Vermutungen, welche nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhten, verbreitet. Erst nach seinem Tod an Covid-19, am 06. Februar 2020, wurde er politisch rehabilitiert und ist seitdem zu einem Volkshelden in den sozialen Medien avanciert. Die Vorverurteilung Li Wenliangs als »Whistleblower« durch lokale Behörden ist Ausdruck einer politischen Kultur, die seit 2013 das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie in der VRC bestimmt. Die seit der Amtsübernahme Xi Jinpings sich verschärfende »Korruptionsbekämpfung« hat dazu geführt, dass lokale Kader aus Angst vor persönlichen Konsequenzen Probleme eher aussitzen, statt sie transparent mit der Zentrale, geschweige denn der chinesischen Bevölkerung zu kommunizieren. Diese politische Kultur wird wiederum maßgeblich durch die strukturellen Eigenheiten des chinesischen politischen Systems bestimmt. Der nach sowjetischem Vorbild aufgebaute Propagandaapparat der KPCh funktioniert weiterhin nach Prinzip des »Demokratischen Zentralismus«, d. h. sensible Informationen müssen zuerst der Zentrale mitgeteilt werden, bevor diese sie in ideologisch aufbereiteter Form an die Öffentlichkeit gibt. Die Zentrale besitzt das uneingeschränkte Informationsmonopol.⁵ Im Fall von Covid-19 sorgte erst massiver öffentlicher Druck, in den sozialen Medien und auf der Straße, seitens der durch ein zunehmend überlastetes Gesundheitssystem alarmierten Bevölkerung, für ein politisches Umlenken. So wurde in der Anfangszeit durch Intransparenz und das Verfolgen von »Whistleblowern« wertvolle Zeit vergeudet.⁶

Der nach sowjetischem Vorbild aufgebaute Propagandaapparat der KPCh funktioniert weiterhin nach Prinzip des »Demokratischen Zentralismus«, d. h. sensible Informationen müssen zuerst der Zentrale mitgeteilt werden, bevor diese sie in ideologisch aufbereiteter Form an die Öffentlichkeit gibt.

Nach dieser Initialverzögerung wurden dann jedoch umso drastischere Maßnahmen umgesetzt. Der bis dahin noch lokal begrenzte Ausbruch wurde zur Chefsache – Premierminister Li Keqiang übernahm die Leitung der neugegründeten »Central Leadership Group for Epidemic Response« und der Staatsrat etablierte den »Joint Prevention and Control Mechanism«, in welchem sich diverse hohe Regierungsstellen im Kampf gegen Corona koordinieren sollten. Die darauf folgende Eindämmungsstrategie lässt sich grob in drei Phasen einteilen.⁷

Anfang Januar 2020 begann die erste (1) Phase der Eindämmungsstrategie. Am 03. Januar informierten chinesische Behörden die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über den Ausbruch der neuartigen Krankheit und bereits am 10. Januar entschlüsselten chinesische Forscher:innen die gesamte Genom-Sequenz des Virus und teilten diese mit der WHO. Bis zum 20. Januar lag der Fokus der Maßnahmen auf der lokalen Eindämmung des Virus in Wuhan und anderen Teilen der Provinz Hubei, sowie der Suche nach dem Ursprung des Ausbruchs. Im Zuge der ersten Phase wurden Freiluftmärkte geschlossen, Patient:innen wurden isoliert, Kontakte nachverfolgt, Diagnose- und Behandlungsmethoden wurden entwickelt und diese wurden in Notfallprotokollen zusammengefasst. Die zweite (2) Phase begann, nachdem Covid-19 am 20. Januar 2020 in die offizielle Liste der meldepflichtigen Infektionskrankheiten aufgenommen wurde. Es handelte sich zu dem Zeitpunkt schon nicht mehr um einen lokal begrenzten Ausbruch, sondern um eine Epidemie nationalen Ausmaßes. In Wuhan und anderen Epizentren ging es nun darum, möglichst viele Menschenleben zu retten und die Kapazitäten der überlasteten Gesundheitsinfrastruktur zu erhöhen, während landesweit Märkte, auf denen Wildtiere angeboten wurden, schließen mussten. Hinzu kamen strikte Reisebeschränkungen (»Lockdowns«), die Aussetzung ganzer ÖPNV-Netzwerke und obligatorische Quarantäne bei Erkrankung oder Kontakt mit Erkrankten. In den von Lockdowns betroffenen Gebieten kontrollierte die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) über die sogenannten »Nachbarschaftskomitees« *Juweihui* ihre Einhaltung und sorgte so gleichzeitig für die Lebensmittelversorgung⁸ der Betroffenen.

Zu weiteren staatlichen Maßnahmen in dieser Phase zählen die Übernahme von Behandlungskosten von Corona-Patient:innen, eine nationale Corona-Aufklärungskampagne sowie eine Policy der schrittweisen Öffnung des sozialen Lebens und der sofortigen Wiedereinführung von Maßnahmen beim erneuten Auftreten von Fällen.

Des Weiteren wurde das Abhalten von Massenveranstaltungen verboten und die Frühjahrsferien wurden verlängert. Außerdem griff der chinesische Staat regelnd in die Wirtschaft ein, indem er bspw. fixe Preise für Masken und andere medizinische Güter festlegte, sowie über das Handelsministerium die Einfuhr von Lebensmitteln in die betroffenen Regionen regulierte. Am 08. Februar 2020 begann schließlich die dritte (3) Phase der Eindämmungsstrategie. Nun ging es neben der Bekämpfung der Pandemie in den Epizentren vermehrt um die Wiederöffnung von Unternehmen und die Rückkehr zur Normalität in Gebieten mit niedrigen Inzidenzwerten. Mithilfe moderner Technologien wie Künstlicher Intelligenz und Big Data wurden Infektionszahlen in Echtzeit an die zuständigen Gesundheitsämter gemeldet und so Risikogebiete identifiziert. In Risikogebieten wurden präventiv massenweise Tests durchgeführt und aufkeimende Cluster durch gezielte Lockdowns eingedämmt. Dabei ist anzumerken, dass das Sammeln riesiger Datenmengen und das Erstellen genauester Bewegungsprofile beim Nachverfolgen von Kontakten natürlich einen enormen Eingriff in die Privatsphäre bedeutet. Diskussionen über Privatsphäre oder Datenschutz wurden und werden allerdings vom Zensurapparat der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) unterbunden, gegen staatliche Maßnahmen zu klagen ist ebenfalls aussichtslos. Das Tragen von Masken im öffentlichen Raum ist wiederum schon seit Jahren gang und gäbe – Erfahrungen mit SARS und der Vogelgrippe haben die chinesische sowie weitere asiatische Gesellschaften von der Wirksamkeit dieser Praxis überzeugt. Zu weiteren staatlichen Maßnahmen in dieser Phase zählen die Übernahme von Behandlungskosten von Corona-Patient:innen, eine nationale Corona-Aufklärungskampagne sowie eine Policy der schrittweisen Öffnung des sozialen Lebens und der sofortigen Wiedereinführung von Maßnahmen beim erneuten Auftreten von Fällen. Auch wurden mehrere Unternehmen mit der Entwicklung von Impfstoffen beauftragt und erhielten dafür von offiziellen Stellen Zugang zu staatlichen Hochsicherheitslaboren.

Effektivität der Maßnahmen

Aus dem WHO-Bericht und anderen Studien geht hervor, dass die Eindämmungsmaßnahmen, insbesondere die Einschränkungen im ÖPNV, die konsequente Kontaktnachverfolgung, das Isolieren von Infizierten und das »social distancing« sowie das frühzeitige Aufspüren neuer Cluster durch »monitoring« und Massentests äußerst effektiv waren. Allein die Lockdowns im Januar und Anfang Februar 2020 hätten dazu geführt, dass der R-Wert (Basisreproduktionszahl) in Wuhan von 3,23 auf 0,45 fiel.¹⁰ Weniger effektiv waren hingegen die beschlossenen interregionalen Reisebeschränkungen. Forscher:innen haben berechnet, dass die Abschottung Wuhans, also das Verbot, Wuhan per Auto, Zug oder Flugzeug zu verlassen, die Ausbreitung des Virus nicht verhindern konnte, sie allerdings um ca. 4 Tage verzögerte. Internationale Reisebeschränkungen seien deutlich effektiver. Einem Modell der Wissenschaftler Lai Shengjie und Andrew Tatem (University of Southampton, UK) zufolge, haben die von der chinesischen Regierung beschlossenen nicht-pharmazeutischen Maßnahmen (Impfungen ausgeschlossen) eine Vermehrung der Zahl der Neuinfektionen um den Faktor 67 verhindert. Allerdings geht aus der Studie auch hervor, dass in der VRC 95 % der Infektionen hätten verhindert werden können, wären die Maßnahmen drei Wochen früher eingeführt worden.¹¹

Die größte Gefahr für die politischen Rechte der chinesischen Bevölkerung besteht darin, dass der pandemiebedingte Ausnahmezustand zum neuen Normalzustand wird. Die Null-Covid-Strategie der chinesischen Regierung sieht nämlich vor, dass Maßnahmen bei erneuten Infektionen sofort wieder eingeführt werden.

Aus epidemiologischer Sicht waren die drastischen Eindämmungsmaßnahmen also sehr erfolgreich, die repressive Initialreaktion der KPCh sorgte jedoch für den Verlust wertvoller Zeit. Aus politischer Sicht bedeuteten und bedeuten die Maßnahmen massive Einschränkungen im Alltagsleben der chinesischen Bevölkerung und eine Zunahme der ohnehin schon umfangreichen staatlichen Überwachung. Diese wird möglich durch die hoch entwickelte digitale Infrastruktur sowie die umfassenden politischen Handlungsmöglichkeiten, welche die KPCh als de facto alleinherrschende Kraft besitzt. Die größte Gefahr für die politischen Rechte der chinesischen Bevölkerung besteht darin, dass der pandemiebedingte Ausnahmezustand zum neuen Normalzustand wird. Die Null-Covid-Strategie der chinesischen Regierung sieht nämlich vor, dass Maßnahmen bei erneuten Infektionen sofort wieder eingeführt werden.¹²

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die drastische Reduzierung der sozialen Kontakte den ausschlaggebenden Punkt bei der Eindämmung von Covid-19 und anderen Infektionskrankheiten darstellt. Dies wurde in der VRC durch einen gesamtgesellschaftlichen, totalitären Ansatz erreicht. Chinas drastische Maßnahmen werden von internationalen Epidemiolog:innen als größtenteils sehr effektiv bewertet, allerdings wurde in der Anfangsphase zu viel Zeit verschwendet. Nicht zu unterschätzen für den Erfolg so eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes sind die umfassenden politischen Handlungsmöglichkeiten der KPCh als alleinherrschende Kraft. In Deutschland wäre es wohl kaum möglich, eine ähnlich umfassende Eindämmungsstrategie durchzusetzen. Zum einen fehlt in Deutschland schlicht die digitale Infrastruktur, welche für das Echtzeit-monitoring neuer Fälle und eine effektive Kontaktnachverfolgung nötig wären. Zum anderen fehlen politischer Wille und gesellschaftliche Akzeptanz für solch drastische Maßnahmen – die Ausstattung des deutschen Staates mit ähnlich umfangreichen Rechten wäre für die meisten eine Horrorvorstellung sondergleichen.



- 1 Der genaue Ursprung der Pandemie ist wissenschaftlich noch nicht abschließend geklärt. Als wahrscheinlichstes Szenario wird die zoonotische Übertragung des Virus im Raum Wuhan angesehen. Siehe dazu Kristian Andersen et al. (2020): *The proximal origin of SARS-CoV-2 sowie den Report of the WHO-China Joint Mission on Coronavirus Disease 2019 (Covid-19)* vom Februar 2020, S. 4ff. (im Folgenden »WHO-Bericht«)
- 2 WHO-Bericht, S. 12
- 3 Aktuelle Zahlen werden in Echtzeit von der Johns Hopkins University unter <https://coronavirus.jhu.edu/map.html> veröffentlicht.
- 4 Chinas Regierung datierte die ersten offiziellen Covid-19-Fälle nachträglich auf Dezember 2019. Neuere Studien gehen allerdings davon aus, dass es bereits im November 2019 zu ersten Ansteckungen kam. Siehe dazu David Roberts et al. (2021): *Dating first cases of Covid-19*.
- 5 Zu Informationspolitik und Propaganda, siehe Holbig, Heike (2020): *Vom Krisenherd zum Krisenheld: Chinas Umgang mit Covid-19*, S. 3ff.
- 6 Für eine Darstellung des Falls Li Wenliang, siehe Green, Andrew (2020): *Li Wenliang*. <https://www.thelancet.com/action/showPdf?pii=S0140-6736%2820%2930382-2>
- 7 Vgl. dazu WHO-Bericht, S. 14ff.
- 8 Siehe dazu Wei, Yujun et al. (2021): COVID-19 prevention and control in China: grid governance.
- 9 Vgl. Liang, Jingbo et al. (2021): *Estimating effects of intervention measures on COVID-19 outbreak in Wuhan taking account of improving diagnostic capabilities using a modelling approach*.
- 10 Siehe Chinazzi, Matteo et al. (2020): *The effect of travel restrictions on the spread of the 2019 novel coronavirus (COVID-19) outbreak*.
- 11 Vgl. Lai, Shengjie et al. (2020): *Effect of non-pharmaceutical interventions for containing the COVID-19 outbreak*.
- 12 Gründe für das Festhalten an dieser Strategie sind, neben neuen lokalen Ausbrüchen, der geringe Impfschutz der Bevölkerung gegen die Delta-Variante sowie die Aufrechterhaltung des Narrativs der KPCh, man habe das Virus mit Hilfe des überlegenen politischen Systems besiegt. Siehe z. B. Tagesschau Online (2021): <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/china-null-covid-strategie-101.html>

Anzeige



Die Misere hat System: Kapitalismus

Ein Buch (260 Seiten) von den Gruppen gegen Kapital und Nation. Dritte überarbeitete Auflage.

Zu bestellen gegen Spende (ca. 3 € plus Porto) auf www.gegner.in

Download als PDF oder Ebook umsonst unter:



Für News und Texte folgt uns:

@gegner_in

@gegenkapitalundnation

Anzeige



Die Universität dem Kapital entreißen

Auch Marxisten sollten für bessere Studienbedingungen kämpfen. Die Aufgabe eines marxistischen Programms ist es, aufzuzeigen, wie dieser Kampf gewonnen werden kann und warum er sich letztlich gegen den Kapitalismus als Ganzes wenden muss. Eine Replik.

In der letzten Ausgabe der »New Critique« veröffentlicht Armin Mandelzweig seinen Artikel »Die Universität des Kapitals«¹, in dem er aufzeigt, dass Universitäten nicht im Gegensatz zum Profitstreben der kapitalistischen Wirtschaft stehen, sondern integraler Bestandteil der herrschenden Verhältnisse sind. Der Artikel richtet sich gegen die Behauptung, dass, wenn die Universitäten mehr Geld zur Verfügung hätten, diese eine kritische Wissenschaft betreiben würden. Eine bessere Finanzierung der Universitäten erscheint in der kritisierten Vorstellung fast schon wie ein Schritt in Richtung einer besseren Gesellschaft. Sehr richtig stellt Armin dar, dass die Universität von sich aus keine kritischen Geister erzeugt, sondern sogar ideologisch den Kapitalismus verteidigt. In diesem Sinne stimmen wir zu, dass eine kritische Wissenschaft heutzutage vor allem außerhalb des universitären Lehrplans betrieben werden muss.

Der Marxismus ist genau solch eine kritische Wissenschaft. Er ist aber nicht nur ein Theoriegebäude, mit dem man sich die Welt kritisch anschauen kann, sondern auch eine Anleitung zum Handeln. Der Schwerpunkt in Armin Mandelzweigs Artikel liegt vor allem auf Theorie, aber einen Vorschlag für eine konkrete Praxis vermissen wir schmerzlich. Als einzige positive Handlungsanweisung wird das Organisieren von Diskussionsveranstaltungen und Lesekreisen genannt. Hier solle man lieber mehr Energie reinstecken, als diese bei Demonstrationen gegen die Unterfinanzierung von Universitäten zu verschwenden.

Hier wird der innere Zusammenhang von Theorie und Praxis auseinandergerissen. Die Kritik des Bestehenden überwiegt völlig und es bleibt unklar, wie wir die Misere denn nun überwinden. Der Kampf für bessere Lebensverhältnisse – und dazu gehören bessere Studienbedingungen – sollte für Marxisten keine sekundäre Rolle spielen. Dieser Kampf ist die Praxis, wie wir Menschen von der Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus überzeugen. Man muss im praktischen Kampf mitwirken und die Menschen von der »Überlegenheit« der eigenen Theorie überzeugen, indem sie sich in der Praxis als »überlegen« herausstellen. Unsere Aufgabe als Marxisten ist es, wie Lenin es einmal formulierte, dass »die Leute, die eigentlich nur mit den Zuständen an der Universität [...] unzufrieden sind, auf den Gedanken von der Untauglichkeit des gesamten politischen Regimes gestoßen werden.«² Wo wir hinzufügen würden, dass sie auf die Untauglichkeit des Kapitalismus zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse gestoßen werden müssen. Dafür brauchen wir ein »positives Aktionsprogramm« und keine reine negative Kritik.

Die Auseinandersetzung um eine gut finanzierte Universität ist Ausgangspunkt für die gemeinsame Organisation von Beschäftigten und Studierenden, wie dies auch die Demonstration im Juni »Stop the Cuts« zeigte, die die verschiedenen Forderungen der Fachschaftsräte, der studentischen Beschäftigten und des sogenannten universitären Mittelbaus vereinigte. Es ist

Der Schwerpunkt in Armin Mandelzweigs Artikel liegt vor allem auf Theorie, aber einen Vorschlag für eine konkrete Praxis vermissen wir schmerzlich.

der Startpunkt für viele Studierende, um zu diskutieren, wie eine Bildung in ihrem Interesse aussehen sollte und vor allem wie der Kampf darum zu gewinnen ist. Erst hier kommt die ganze Tragweite der marxistischen Theorie ins Spiel. Um ihre Forderungen durchzusetzen, müssen sich studentische Proteste mit denen der Arbeiterklasse verbinden, weil nur Letztere die Macht besitzt, die Gesellschaft zu verändern. Nichts passiert ohne die freundliche Zustimmung der Arbeiterklasse, wie beispielsweise der französische Generalstreik 1968 zeigte.³ Die Geschichte zeigt aber ebenso, dass ohne eine revolutionäre Führung auch die größte spontane Massenbewegung an ihre Grenzen stößt. Der Marxismus systematisiert und analysiert die Erfahrungen der Arbeiterbewegungen auf der ganzen Welt und wird damit zur Waffe in der Hand der Arbeiterklasse, um die Welt zu verändern.

Der Marxismus systematisiert und analysiert die Erfahrungen der Arbeiterbewegungen auf der ganzen Welt und wird damit zur Waffe in der Hand der Arbeiterklasse, um die Welt zu verändern.

Überall finden Studierende, sowie universitäre Beschäftigte, die gleichen Probleme vor: Lohnkürzungen, Stellenabbau, Austerität usw. Nur im gemeinsamen Kampf können sie dem begegnen und sich ihrer eigenen Stärke bewusst werden. Die Coronapandemie ist ein Brennglas, welches die Widersprüche und Missstände in diesem System besonders hervorstechen lässt. Viele Studierende haben ihren Nebenjob verloren und mussten teilweise zurück zu ihren Eltern ziehen. Die Mieten in Hamburg steigen rasant weiter, während in Berlin der Mietendeckel vom Bundesverfassungsgericht gestürzt wird. Die Onlinevorlesungen und Seminare sind für Lernende sowie Lehrende gleichermaßen anstrengend. Von der mentalen Situation vieler Menschen wollen wir gar nicht erst sprechen. Ein Shutdown von allen nicht notwendigen Betrieben mit Lohnfortzahlung hätte die enormen Ausmaße der Corona-Wellen verhindern können. Mindestens aber hätte es in allen größeren Unternehmen und Institutionen wie den Universitäten ein Komitee – bestehend aus der Belegschaft – gebraucht, das die gesundheitliche Unversehrtheit aller Beschäftigten sicherstellt. Die Kapitalisten fürchteten jedoch um ihre Profite und nahmen den Tod sowie die prekäre Lage vieler Menschen in Kauf.

Dass die Arbeiterklasse als ein Ganzes kämpfen muss und dass sie auf der einen Seite steht und auf der anderen Seite die Kapitalistenklasse, das wird den meisten Menschen nicht durch einen Theorietext vermittelt werden, sondern erst im Kampf für bessere Lebensbedingungen bewusst werden. Stellt man sich als Marxist abseits von sogenannten reformistischen Bewegungen, dann überlässt man tatsächlich den reformistischen Führern das Feld. Jeder kann laut schreien, dass die reformistischen Führer keine Revolutionäre sind, aber als Marxisten müssen wir beweisen, dass unser Programm das Bessere ist. Es mangelt eben nicht an Menschen, die ihre Umstände satt haben und etwas ändern wollen. Es mangelt an einer revolutionären Massenorganisation, die der Arbeiterklasse einen Weg aufzeigen kann, hin zu einer besseren Gesellschaft. Diese Organisation entsteht nicht am Studier-Schreibtisch, sondern im Kampf, bewaffnet mit einem revolutionären Programm basierend auf marxistischen Ideen. Stellt man sich als Marxist abseits von sogenannten reformistischen Bewegungen, dann überlässt man tatsächlich den reformistischen Führern das Feld.

Durch die Coronapandemie werden von staatlicher Seite rund 650 Milliarden Euro neue Schulden bis zum Jahr 2022 aufgenommen.⁴ In der nächsten Periode wird es darum gehen, wer diese Schulden bezahlen wird. D.h. wir müssen mit Angriffen auf die Arbeiterklasse und ihre bitter erkämpften sozialen Errungenschaften, wie beispielsweise die Rentenversicherung, von Seiten der Kapitalisten rechnen. Insbesondere ver.di und die GEW müssen sich auf kommende Versuche der Kapitalisten, am Bildungssystem zu sparen, vorbereiten und ihre Basis sowie die Studentenschaft zu einem Gegenangriff mobilisieren. Dies geht nur, wenn ihr Programm ihren reinen defensiven Charakter hinter sich lässt und sie stattdessen radikale Forderungen aufstellen. Diese Bewegung darf nicht isoliert an einigen Universitäten und Bildungseinrichtungen stattfinden, sondern muss sogar über das Bildungssystem hinausreichen. Dafür müssen die Gewerkschaften ver.di und GEW sowie die LINKE Massenstreiks organisieren.

Es reicht nicht, den Hamburger Senat lediglich aufzufordern eine ausreichende Finanzierung der Universität sicherzustellen.⁵ Das Bildungswesen gehört vollständig in die öffentliche Hand. Aber uns muss bewusst sein, dass der bürgerliche Staat letztlich die Interessen der Reichen vertritt. Deswegen brauchen wir eine demokratische Kontrolle des Bildungswesens durch Komitees von gewählten Vertretern der Lehrenden, der Studierenden und des Personals der Universitäten sowie der Gewerkschaften. Es braucht eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive für mehr qualifiziertes Lehrpersonal,

um alle Studierende ihren Bedürfnissen entsprechend zu fördern, aber auch um das Ansteckungsrisiko in einer erneuten Coronawelle durch kleinere Lerngruppen zu minimieren. Zu einem wirklich offenen Bildungssystem gehört auch ein kostenloser und gut ausgebauter Personennahverkehr. Der Mangel an Räumen für die Lehre sowie des studentischen Lebens kann durch die Beschlagnahme von zusätzlichen Räumen beseitigt werden. Dafür muss der Leerstand von Gewerbeimmobilien zentral erfasst werden und die in Frage kommenden Gebäude entschädigungslos bereitgestellt werden. Die anfallenden Kosten für ein besseres Bildungssystem müssen von den Profiten der Kapitalisten bezahlt werden.

Letztlich bleibt das grundlegende Hindernis für eine Bildung im Interesse der Menschen der Profitzwang und das Privateigentum des Kapitalismus, wie Armin Mandelzweig in seinem Artikel ausführlich dargestellt hat. Nur der Sozialismus bietet eine wirkliche Lösung für dieses Problem. Erst hier wären die Universitäten unter einer wirklichen demokratischen Kontrolle und Wissenschaft könnte zum ersten Mal in der Geschichte im Dienste der Menschheit stehen und nicht bloß einer spezifischen Klasse. Dass dies dringend nötig ist, ist mittlerweile den meisten klar, im Anbetracht einer sich immer rasanter zuspitzenden Klimakrise. Um die vielseitigen Probleme anzugehen, die auch im Sozialismus nicht auf einen Schlag fort sind, braucht es eine allseitig ausgebildete Menschheit. Die Kürzungen an den verschiedenen Fachbereichen sowie schlecht bezahlte universitäre Beschäftigte stehen dem diametral gegenüber.

Der Marxismus ist die wissenschaftliche Methode, um die Welt zu verstehen und um sie zu verändern. Diskussionsveranstaltungen und Lesekreise sind ein wichtiger Bestandteil, um sich dieser Theorie anzunähern. Ohne praktischen Gebrauch in sozialen Kämpfen, bleibt sie jedoch steril und erscheint als bloße Kommentatorin vom Rande des Geschehens. Frei nach Engels: »The proof of the pudding is in the eating«. Deswegen müssen wir für eine bessere Finanzierung der Universitäten kämpfen und uns auf eine sozialistische Revolution vorbereiten. D. h. Marxist werden und einer revolutionären Organisation beitreten!



- 1 Armin Mandelzweig: Die Universität des Kapitals. Über die Frage, wem Universitäten dienen. New Critique #1. April 2021. Online lesen unter: <https://lmy.de/paUa4>
- 2 Lenin, Wladimir I.: Was tun? In: Lenin Werke, Band 5. Berlin 1955. S.442
- 3 Mehr dazu: <https://www.marxist.com/french-revolution-may-1968-part-one.htm>
- 4 Tagesschau vom 13.04.2021 »Wie die Schulden loswerden?« auf <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/schuldenberg-schulden-corona-tilgung-schuldenbremse-101.html>
- 5 vgl. »#stopthecuts: Mehr statt weniger!« auf <https://www.asta.uni-hamburg.de/1-aktuelles/01-asta-news/2021-05-20-demo-stop-the-cuts.html>

Tosca & Anton

Kolumne: Arbeit & Kultur II



In der zweiten Kolumne von Arbeit & Kultur geht es um die virtuelle Influencerin Miquela Sousa. Als das erfolgreichste Modell des Technik-Start-ups Brud hat sie Millionen von Follower:innen, zahlreiche Werbeaufträge und keinen einzigen Shitstorm generiert. Ein Text über manipulative Verkaufsstrategien und deren politische Implikationen.

Welcome to the Internet

Influencer:innen sind Personen, die in sozialen Medien zu Bekanntheit gelangt sind und sowohl eigene »Inhalte« als auch Werbe-Content teilen. Auf den ersten Blick scheint Miquela Sousa eine junge Influencerin unter vielen zu sein: Normschön, teure Kleidung, unzählige Selfies – unzählige Filter. Bei genauerer Betrachtung irritieren die Bilder: Die junge Frau wirkt nicht einfach nachbearbeitet, sondern so künstlich wie Sims-Avatare. Red Flag: Uncanny Valley! Beim Überfliegen ihrer Post und Ansehen ihrer Videos bestätigt sich der Verdacht: Miquela ist keine real existierende Person, sondern gemäß ihrer Instagram- und TikTok-Biographie ein in L.A. ansässiger Roboter. Drei Millionen Accounts folgen ihr bei Instagram und bei TikTok. Ihr am häufigsten gesehenes Musikvideo bei Youtube hat fast 7.000.000 Aufrufe, bei Spotify hören monatlich 100.000 Accounts ihre Musik.

Geschaffen wurde Lil Miquela (wie sie auf ihren Kanälen meistens bezeichnet wird) von einem kalifornischen Start-up namens Brud. Brud hat mittlerweile mehrere virtuelle Influencer:innen geschaffen und finanziert sich durch die Honorare, die von ihnen erzeugt werden. Zu diesem Zweck bespielen die von Brud geschaffenen Testimonials die gesamte Bandbreite des digitalen Marketings: Über verschiedene Kanäle postet Lil Miquela sowohl unbezahlte Videos, die den Anschein von Vertrautheit erwecken und ihre Follower:innen so an sie binden, als auch bezahlte Werbeeinhalte, die im ersten Moment wie freundschaftliche Ratschläge wirken, sowie Werbung für eigene Produkte (z. B. Songs bei Spotify). Nebenbei interagiert sie mit den anderen Brud Testimonials und hält die Aufmerksamkeit der Nutzer:innen so im Firmenkosmos.

Knutschen und Digital Dancing mit Miquela

Miquelas Videos und Texte handeln häufig von typischen Coming-Of-Age-Themen. Liebe, Selbstverortung, Klimakrise. So integer Brud auch versucht Miquela zu präsentieren, so schal bleibt der Beigeschmack, der damit einhergeht, dass die Produzent:innen ihr jegliches Alter und Aussehen hätten geben können und sich (konform mit der Präferenz von Instagram-Algorithmus und Patriarchat) für eine jedem Schönheitsstandard entsprechende ewig neunzehnjährige Teenagerin mit ziemlich heller Haut entschieden haben. Obligatorische thirst traps inklusive. Selbstbestimmtheit und Queerness werden wie üblich angedeutet, aber nicht vorgelebt – außer man entspricht sowieso geltenden Schönheitsnormen. Miquela ist weiß, aber nicht so weiß, dass sie nicht behaupten könnte, betroffen von Rassismus zu sein. So sichert Brud sich die Kaufkraft von unterdrückten Minderheiten, die sich repräsentiert sehen wollen und kann nebenbei auch noch »authentisch« Werbung für sich selbst machen, indem pseudopolitische Hashtags geteilt und Slogans gerufen werden. #blacklivesmatter. Natürlich hat Brud Miquela auch eine Story von körperlichem Missbrauch auf den Leib geschneidert. Mut zum Mainstream: Diskriminierung wird zum Marketing Gag.

Nicht nur der Mangel an Kreativität und Vorstellungskraft angesichts der technischen Möglichkeiten ist im Zusammenhang mit bestimmten politischen Positionen Miquelas bedenklich: Ein körperloser Avatar, der Body Positivity proklamiert, ist ein Widerspruch und zwar kein produktiver. Miquela ist eine ausformulierte, männliche Fantasie. Sie hat keine Handlungsmacht. Sie wurde erschaffen, ist Eigentum, ihr Arsch wird digital geformt, ins Bild gesetzt und so angezogen, wie die »kreativen« Köpfe der Techfirma es wollen. Die sozialen Netzwerke belohnen das mit guten Klickzahlen. Politische Forderungen über (körperliche) Selbstbestimmung (und der damit in Zusammenhang stehende Selbstwert) werden so nicht nur unterminiert, sondern in zynischer Weise verkehrt. Lil Miquela ist verfügbar, für Brud, für Konsument:innen, für Firmeninteressen. Auf diesem Arsch könnte Ihre Werbung stehen!

Auf diesem Arsch könnte Ihre Werbung stehen!

Helfen Sie Brud dabei, die Welt zu retten!

Es ist eine übliche Marketingstrategie, die Social-Media-Seiten von Influencer:innen mit politisch wirkenden (bzw. ausgehöhlten) Hashtags wie #blacklivesmatter zu garnieren, um auf größere Ziele zu verweisen, für die die entsprechende Firma kämpft und zu dem die Konsument:innen mit dem Kauf des Produktes beitragen können. Neunzehnjähriges Roboter mädchen in deiner Gegend benötigt Hilfe, um die Welt zu retten! Wer kann da schon nein sagen? Solche moralisierenden und häufig sexuell konnotierten Marketingmethoden laufen über Instagram besonders gut, da der Algorithmus sogar die öffentliche Entschuldigung für politisches Fehlverhalten besser platziert als Aufklärung über die menschenverachtenden Zustände in Kapitalismus und Patriarchat. Selbstermächtigung spielt keine Rolle. Emotionen siegen über Fakten, weil Fakten sich nicht so gut manipulieren lassen. Und sie lassen sich bei weitem nicht so gut verkaufen.

Neunzehnjähriges Roboter mädchen in deiner Gegend benötigt Hilfe, um die Welt zu retten!

Künstliche Intelligenz oder Haushaltsmaschine?

»Characters can't be owned« steht neben anderen Kalendersprüchen auf Bruds Homepage. Gut, dass Roboter keinen eigenen Charakter brauchen. Sie brauchen per Definition überhaupt keine Form von Intelligenz. Stattdessen sind sie Maschinen, die über physische Interaktion autonom oder gesteuert Tätigkeiten selbstständig ausführen können und so Aufgaben, die sonst von Menschen (häufig von Frauen) übernommen werden müssen, erleichtern. Beispielsweise putzen, kochen oder eben werben. Im Gegensatz dazu steht die Künstliche Intelligenz (KI), die selbstständig planen, lernen und Ziele erreichen kann und unter Umständen sogar vollständig digital existiert. Wie genau Lil Miquela und die anderen Roboter von Brud erschaffen werden, ob es sich um reine Animationen oder tatsächlich um Roboter handelt und ob sie eine Form künstlicher Intelligenz, beispielsweise in Form von Algorithmen besitzen, ist unklar. Doch als willenlose digitale Testimonials wären sie kein Einzelfall. Colonel Sanders, das Marketingmaskottchen des Fast Food Franchise Kentucky Fried Chicken, wird seit neuestem animiert. So kann das Unternehmen auf teure, altersanfällige und eventuelle gewerkschaftlich vernetzte Schauspieler:innen verzichten.

Kreativität als Ware

Brud erschließt mit Lil Miquela also ein lukratives und noch recht neues Feld, das sich anschickt, den realen Influencer:innen Stück für Stück den Rang abzulaufen. Brud geriert sich dabei aber wie ein Kunstkollektiv, denn das verkauft sich einfach besser. Denn: Sind wir nicht alle irgendwie Kreative? Laut seiner Homepage kreiert das Start-up »community-owned media« und »collectively-built worlds«. Das erinnert nicht ohne Grund an World Disneys »Spaß für die ganze Familie«. Brud sagt, es erschaffe sein Heer digitaler Avatare nicht für Profit, sondern für eine »neue Form des Storytellings«. Der Plan für die Zukunft besteht darin, Brud »in die Hände der Fans und der Gläubigen zu geben«. Klingt mehr nach Börsengang als nach kreativer Teilhabe. Mehr nach Kundenbindung als nach selbstbestimmten Entscheidungen. Und um die Disney-Analogie auf die Spitze zu treiben: mehr nach der Möglichkeit, Arbeit nicht zu bezahlen als nach Gewerkschaftsgründung.

Big in Japan

Brud inszeniert Miquelas Aussehen und Auftreten in einer stark verniedlichenden Form, die ebenfalls und nicht nur bei Instagram und in den USA in Mode ist. Kawaii – der japanische Ausdruck für »süß«, »kindlich« und »attraktiv« – ist ein Synonym für ein ästhetisches Konzept, das Kindlichkeit betont und sich auf alle Bereiche der japanischen Kultur ausgedehnt hat. In China wird aktiv an einer politischen Form süßer Ästhetik für Staatsorgane gearbeitet, mit welcher Widerstand und Aufbegehren im Keim unterdrückt werden sollen. Die Literaturwissenschaftlerin Sianne Ngai bemerkt in ihrem einschlägigen Buch zu dem Thema »Zany, Cute, Interesting – Our Aesthetic Categories«, dass sogar der Zeichenstil von Mickey Maus mit der Zeit stetig verniedlicht worden ist. Ngai hält »Cuteness« mit Walter Benjamin für die Vortäuschung einer falschen Einfachheit, die den Warenfetisch kapitalistischer Gesellschaften scheinbar unterminiert und einen scheinbar schlichteren Zugang zu echten Produktionsprozessen ermöglicht. Wenn wir etwas süß finden, dann wollen wir dessen habhaft werden, weil wir uns so einen authentischen Zugang zur Welt versprechen. Infolge der unvermeidbaren Nichteinlösung dieses Versprechens mischt sich das Gefühl der Zärtlichkeit, das wir gegenüber Niedlichem empfinden, mit Aggression. Wir fühlen uns betrogen, weil das süße Objekt uns nicht geben kann, was wir von ihm erwarten: einen Bezug, der nicht von der allgegenwärtigen Entfremdung durch Waren und Produktionsprozesse geprägt ist. Trotzdem können wir nicht anders, als uns auch das nächste Katzenbild anzusehen in der Hoffnung, beim nächsten Mal nicht enttäuscht zu werden. Durch bewusste Manipulation wird unsere Aufmerksamkeit so ökonomischen Interessen unterworfen.

In diesem Zuge wird der Umgang mit süßen Objekten wie Miquela ein haptischer. Wir wollen das süße Objekt berühren und es ganz in uns aufnehmen, möglicherweise sogar aufessen. Unbewusst spiegeln Betrachter:innen deshalb süße Objekte, beispielsweise durch die Imitation von Babysprache oder den Kauf des gleichen niedlichen Outfits, das Miquela auf einem ihrer Bilder trägt. So wird das Objekt in der Nachahmung zum Subjekt. Wir glauben seiner habhaft zu werden. Doch diese Entwicklung läuft in beide Richtungen: Das Subjekt wird auch zum Objekt. Der Mensch macht sich selbst zur Ware und der Spätkapitalismus vollendet seinen Zugriff auf unsere Emotionen durch marktgerechte Einteilung und Verwertung. »Cuteness culture« lässt uns nach der Befriedigung unserer Sehnsucht, nach einem direkteren Zugang zur Welt suchen, während sie uns den Marktmechanismen ausliefert. Unser Bedürfnis nach Intimität und Aufmerksamkeit wird in dem durch Cuteness gesteuerten Konsum permanent enttäuscht.

Wenn wir etwas süß finden,
dann wollen wir dessen habhaft
werden, weil wir uns so einen
authentischen Zugang zur Welt
versprechen.

Don't hug me, I'm scared

Das Brud-Produkt Lil Miquela ist Betrug auf allen Ebenen: Es wird ein politischer und ein künstlerisch individualistischer Anspruch vorgetäuscht, der nur zu Werbezwecken existiert. Wir sollen eine emotionale Bindung zu Miquela eingehen, um – wie üblich bei Influencer:innen – die schließlich eben doch beworbenen Produkte zu konsumieren. Natürlich ist Miquela gar nicht in der Lage dazu, unsere Emotionen ihr gegenüber zu erwidern. Sie soll für ein gesundes Selbstwertgefühl und Selbstbestimmtheit stehen, doch bedient sie nur genau die Stereotype, die über Instagram einfach am besten laufen und wird vollständig von einem Technik-Start-up kontrolliert. Schließlich spielt das Gefühl betrogen zu werden auch bei den ästhetischen Eigenschaften Lil Miquelas eine Rolle: Alles an ihr, vom Namen über ihr Alter bis zu den Outfits, ist darauf ausgelegt, süß zu wirken und führt damit automatisch zu einem Gefühl von Enttäuschung. Denn das Versprechen, einen direkteren, unentfremdeten Zugang zur Welt zu erlangen, das Süßes in uns auslöst, wird niemals verwirklicht. Als Kompensation dient dann wiederum Konsum. Bleibt nur zu hoffen, dass wir noch lange von Sexpuppen der Marke Brud verschont bleiben.



Impressum

New Critique

– Zeitschrift für und wider Vol. 2

Verein »New Critique« im Dezember 2021

Von-Melle-Park 5, 20146 Hamburg

Layout: Gegenfeuer

– Büro für politische Gestaltung, gegenfeuer.net

»New Critique – Zeitschrift für und wider« wird durch den Verein »New Critique“ in Kooperation mit dem AStA der Universität Hamburg herausgeben.

Bildnachweis:

Pexels: Anastasia Tulinova (S. 4), Ron Lach (S. 28),

Khôi Châu (S. 31), Unsplash: Maria P. (Cover),

Nsey Benajah (S. 7), Callum Skelton (S. 15), Annie

Spratt (S. 16), Alex Mccarthy (S. 39), Husen Siraj

(S. 46) Pxfuel (S. 10/ S. 24), Gegenfeuer (S. 20),

Flicker: Stomen (S. 34), Rawpixel: (S. 56)

**New Critique ist eine Zeitschrift für & wider
— für eine konsequente Kritik des Bestehenden und
wider den reaktionären Schwachsinn.**

Der Name »New Critique« versteht sich als Hommage an die Theoriezeitschrift »neue kritik«, welche von 1960 bis 1970 durch den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) herausgegeben wurde. Ähnlich wie der SDS zu Zeiten der Studierendenbewegung haben wir das Ziel, theoretischen und praktischen Debatten Raum und Gehör zu verschaffen. Die Zustände, die uns als Studierenden an der Universität entgegentreten, stehen hierbei im Fokus unserer Publikationstätigkeit.

Das Kürzel unserer Zeitung – »NC« – verweist zugleich auf universitäre Verhältnisse, die wir kritisieren: Der NC als »Numerus Clausus« schließt systematisch unzählige Studienbewerber:innen – insbesondere aus unteren sozialen Schichten – vom Zugang zu Bildung und Wissenschaft aus. Einen universitären Betrieb, der gegenwärtig also nicht vernünftig eingerichtet ist und dennoch einen wissenschaftlichen Selbstanspruch hat, nehmen wir als Ausgangspunkt für umfassende Gesellschaftskritik.

Nachdem mit der ersten Ausgabe die »Grundsteinlegung« (Thomas Ebermann) vollzogen wurde, widmet sich das vorliegende Heft dem Verhältnis von Psyche und Gesellschaft. Da letztere eine kapitalistische ist, dreht sich notgedrungen viel um das durch sie hervorgerufene Leiden. Aber auch die subjektive Seite ihrer Überwindung findet Beachtung.

In diesem Sinne: Feuer und Flamme der Depression!

Homepage: www.nc-uhh.de

Mail: new.critique@asta.uni-hamburg.de

Twitter: [@nc_uhh](https://twitter.com/nc_uhh)

Instagram: [@nc_uhh](https://www.instagram.com/nc_uhh)

Facebook: [fb.com/NCUniHamburg](https://www.facebook.com/NCUniHamburg)

